Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1913

275 (24.11.1913)

Visual Library

No. 275. Karlsruhe Montag den 24. November 1913. 33. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 ₰, vierteljährl. 2,25 ℳ; abgeholt monatl. 65 ₰; am Postschalter 2,10 ℳ, durch den Briefträger 2,52 ℳ vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends ½7 Uhr. Postscheckkonto Nr. 2650. Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 ₰. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme ½9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Ueber den Ausfall der bad. Landtagswahlen

wird in der Parteipresse und in den Parteiversammlungen noch immer lebhaft diskutiert. Die Meinungen über die Ursache unseres Mißerfolges gehen sehr weit auseinander. Wir bringen heute zwei Artikel, die in ihren Auffassungen über die Bewertung des Großblocks stark voneinander abweichen. Zu den Ausführungen des Genossen Trabinger, die wir nachstehend folgen lassen, behalten wir uns eine Erwiderung vor.

Der Freiburger Parteitag stimmte einmütig der schon seit Jahren propagierten Großblockidee aufs neue am 22. Juni d. J. zu. Nach der Rede des Genossen Dr. Frank auf diesem Parteitag was es für die ungeheure Mehrzahl der badischen Genossen ein Akt höchster Selbstverständlichkeit, daß das Zentrum wieder nach seinem Ansturm mit blutigen Köpfen abziehen muß. Die Schlußworte Franks in seiner Rede sollten sich leider nicht bewahrheiten. Nicht frohlocken wollen wir entschiedene Gegner der Großblockpolitik, nein — aufbauen gilt es für alle und darum Hand ans Werk.

Die Wahlen am 21. Oktober haben vor allem gezeigt, daß blinder Autoritätsglaube anscheinend Unmögliches zustande bringt. Was der Pfarrer sagt, ist für viele badische katholische Kleinbauern eine unumstößliche Tatsache. Wirken die ökonomischen Verhältnisse nicht in ganz direktem Gegensatz zu der Meinung der Geistlichkeit, so bildet eben für die bäuerliche Bevölkerung die kirchliche Autorität auch zugleich die weltliche Beherrscherin. Die zunehmende Industrialisierung Badens bringt natürlich eine Menge bäuerliche Elemente unter die Städtebevölkerung. Ebenso bewirkt die fortgesetzte Verarmung der Kleinbauern mancher Gegenden eine Zunahme geistig rüstiger Proletarier, die wohl gezwungen sind, in der Industrie den Unterhalt für ihr Dasein zu verdienen, die aber doch noch in der Geistessphäre bäuerlicher Autoritätsgläubigkeit stecken.

Nach der im Jahre 1910 stattgefundenen Bevölkerungszählung hat Baden 2 142 833 Einwohner, hiervon sind ungefähr ⅔ katholisch, nahezu ⅓ evangelisch, 27 000 Israeliten usw. Unter den 1565 Gemeinden, aus denen das Land sich zusammensetzt, sind nur 14 Städte mit über 10 000 Einwohnern und nur 37 mit über 4000. Diese wenigen Zahlen dürften genügen, um ein ungefähres Bild von der Gesamtbevölkerung zu geben.

Besonders erwähnenswert ist die Gesamtzahl der in der badischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen:

Im Jahre	Arbeiter	Arbeiterinnen
1882	93 907	30 445
1895	151 312	52 742
1907	231 209	74 747

Aus dieser Zunahme der Industriearbeiterschaft könnte allein schon die gleichmäßig mit ihr wachsende Zunahme der sozialdemokratisch denkenden Arbeiter gefolgert werden, wenn nicht zwei Faktoren eine sehr bedeutende Rolle dabei mitspielten. Die katholische Kirche ist mit ihren Einrichtungen zur Unterstützung armer und kranker Angehöriger eine viel bessere Stütze der Zentrumspartei, als die vielbesprochene „Wackertaktik". Eine fernere Hilfe genießt diese Partei in dem ständigen Privatverkehr der einzelnen Geistlichen mit jedem Bürger und seinen Angehörigen in der Gemeinde. Schlauerweise bekümmert sich so ein Priester um die minderwertigsten Angelegenheiten, sucht helfend überall einzugreifen, ersetzt oft den Lehrer, Arzt, Apotheker, Rechtsanwalt, Arbeitsvermittler, Tierarzt, Berater in der Landwirtschaft, Buchhändler (Kolporteur ist er überhaupt gern), Zeitungslieferant, Theaterregisseur, Imker oder Bienenzüchter, scheut selbst vor rein körperlich schwerer Arbeit (natürlich auf kurze Zeit) nicht zurück und mimt die Polizei und den Nachtwächter mit wachsamstem Auge. Wo andere Parteien nur bei den Wahlen hinkommen, ist die Zentrumspartei das ganze Jahr in Aktion.

Damit kämen wir zum zweiten und wichtigsten Faktor, der ausschlaggebend war bei dem Niedergang unserer Stimmenzahl. Die Ideologie des modernen Bürgertums macht nicht nur in der Geschichte alles abhängig vom Ideengange einzelner hervorragender Geister, sie tut dasselbe auch bei Wahlbewegungen der Gegenwart. „Die Wackertaktik hat gesiegt" liest man in den Zeitungen. Dieser Wackertaktik stellten die liberalen Parteien eine „Rebmanntaktik" gegenüber. In Wirklichkeit war es doch ein ganz natürliches Vorgehen des Zentrums, sich mit allen Mitteln seiner Haut zu wehren. Dieser schon erwähnten Arbeit hunderter von Zentrumsagitatoren sollte eben von unserer Seite eine ebenso fleißige Agitationsarbeit gegenüber gestanden haben. Denn nicht der Großblock von 1913 allein, sondern das Großblockzusammenhalten seit 1905 hat uns den Rückschlag gebracht. Anstelle einer regelrechten Agitation für unsere Ziele, trat immer mehr eine Dämpfungspolitik gegenüber den Liberalen. Anstatt alle bürgerlichen Parteien gleichmäßig als Vertreter des Kapitals bloßzustellen in der Presse, wurde nur einseitig das Zentrum bekämpft. „Politiker brauchen wir, Agitatoren haben wir genug", war bis in die jüngste Zeit hinein das geflügelte Wort des Genossen Kolb. Jetzt hat es sich gezeigt, daß wir zu wenig Agitatoren und zu viel Politiker im Kolbschen Sinne hatten. Was wir an Agitation, an Aufklärungsarbeit unter unseren im Jahre 1909 gewonnenen Anhängern versäumt haben, hat die Klerisei um so besser und leichter zu ihren Gunsten ausnützen können. Nicht nur die Politik des Alltags trennt uns von allen bürgerlichen Parteien —. Für die sozialdemokratische Weltanschauung müssen wir arbeiten, nicht nur vorübergehend, sondern immer. Aber grundsätzliche Arbeit trat zurück und Grundsatzlosigkeit unter unseren neugewonnenen Mitläufern wurde die natürliche Folge.

Alle Warnungen vor dem Zusammenschluß mit den Liberalen waren umsonst, die Katastrophe mußte kommen. Das „Muster- und Probierland" für Großblocktaktik hat trotz allen schönen und blockfreundlichen Prophezeiungen ein Resultat am 21. Oktober der Welt vor Augen geführt, das weit über die deutschen Grenzen hinaus als warnendes Exempel allen sozialistischen Parteien unfreiwillige Dienste leistet. Vergleicht man den Hauptwahltag 1909, mit dem von 1913, so kommt man zu folgenden Ergebnissen an Wählerstimmen:

	1909:	1913:
Zentrum	91 676	116 170
Konservative Gruppen	13 213	31 957
Nationalliberale	75 094	80 545
Fortschrittler	22 110	30 311
Sozialdemokratie	86 078	74 328

Jede bürgerliche Partei hat Stimmenzunahme, nur die sozialdemokratische hat einen Verlust von 11 750 Stimmen. Ein solches Resultat kann nicht mit „Wahlkreisgeometrie" oder „vorübergehender Erscheinung" und mit der starken Zunahme unserer Stimmen von 50 431 im Jahre 1905 auf die angegebene Zahl im Jahre 1909 entschuldigt werden. War 1909 die Reichsfinanzreform imstande, unsere Wählerzahl so horrent in die Höhe zu treiben, so waren wir aber auch verpflichtet, alles daran zu setzen, um diesen Gewinn, den uns die Bürgerlichen in den Schoß warfen, gewinnbringend wieder zu verwerten. Dies kann aber nur geschehen, wenn wir rein sozialdemokratische Politik treiben, ohne Rücksicht auf das oder jenes Abkommen bei der Wahl. Wenn man aber jahraus, jahrein immer, in der Presse sowohl wie in der mündlichen Agitation vom „Kampf gegen die Reaktion" redet und vom „Zusammenschluß der linksstehenden Parteien", von „zwei Drittel in Deutschland, die von einem Drittel regiert werden", von „allen freiheitlich gesinnten Bürgern", dann sagt sich mit der Zeit mancher Mitläufer, es ist eigentlich kein großer Unterschied, ob ich liberal oder sozialdemokratisch wähle, denn bei wichtigen Entscheidungen gehören sie (die Blockbrüder) ja doch zusammen. „Die Demokratie Deutschlands kann nur erkämpft werden mit Hilfe des liberalen Bürgertums", diese und ähnliche Gedankengänge tragen in Karlsruhe so wenig wie anderswo zur Agitation für den Sozialismus bei.

Die Klassengegensätze im Zentrum mögen sich noch so sehr verschärfen, agitatorisch wie in früheren Jahren sie auszunützen, ist in der Großblockära einfach unmöglich. Parlamentarisch können wir, wie die letzten Jahre zeigten, das Zentrum zurückdrängen, aber auch nur für einige Jahre, dann macht sich die agitatorische Lähmung geltend. Der fortgesetzt wiederkehrende Zusammenschluß der Blockparteien ruft in den Reihen der Zentrumsangehörigen (und wenn sie sich ökonomisch noch so schroff gegenüberstehen) engste, innigste Zusammengehörigkeit wach. Das trennende proletarische Milieu des Zentrumsarbeiters in der Stadt gegenüber dem reichen, besitzenden ultramontanen Bürger tritt in den Hintergrund angesichts des gemeinsamen und ökonomisch ebenso unnatürlichen Feindes. Die Sozialdemokratie erscheint hier nicht mehr als Arbeiterpartei, sondern als ausschließliche Bekämpferin der „Religionsparteien": Zentrum und Konservative. Kein Wunder daher, daß das Märchen von der sozialdemokratischen Religionsfeindlichkeit in diesem Wahlkampfe wieder so guten Boden fand und — das sei zur „besonderen Ehre" unserer Verbündeten, der Nationalliberalen, hervorgehoben — in liberaler Weise weiter kolportiert wurde.

Jetzt, nach der Wahl, wird sehr viel von dem Zentrumsschwindel in der badischen Parteipresse geschrieben und manches noch nachträglich als direkter Bauernfang entlarvt. Dasselbe Recht, ja dringende Pflicht, wäre es, den liberalen Wahlmachern ebenso auf die Finger zu klopfen. In jeder liberalen Versammlung konnte man den Jahrhundertrummel mit all den Geschichtsfälschungen mit anhören, dabei die Lobgesänge auf den Zolltarif, die Wehrvorlage und deren notwendige Bewilligung, die Schädlichkeit der sozialdemokratischen In- und Auslandspolitik, die Notwendigkeit der Zusammengehörigkeit von Kirche und Staat, bei den Dotationsbewilligungen schwammen diese liberalen Freiheitshelden förmlich in Frömmigkeit und konnten gar nicht genug Mitleid mit der armen Geistlichkeit zeigen. Wenn man diesen Wahlrednern mit Doktor- und Professorentiteln in Gegenden, in denen sie sich allein zu befinden glaubten, nachgeht, dann wundert man sich nicht mehr über den Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wundern müßte man sich aber darüber, wenn man den Geist nicht seit langen Jahren kennen würde, daß jetzt die Redaktion des „Volksfreund" von dem „Sieg des Großblos" noch gar nicht genug hat, und anstatt zu lernen, dem Großblock im ersten Wahlgange sogar noch Tränen nachweint. Von den 20 Mandaten hätten wir nach ihrer Ansicht höchstens zwei verloren (statt 7). „Die Wähler der Linksparteien hätten der Parole „mit vereinten Kräften gegen die Reaktion" zweifellos Folge gegeben. Die Linke hätte dann erstens eine Wahlparole gehabt und zweitens wäre Stimmung in den Wahlkampf gekommen, die diesmal gefehlt hat." (Nr. 255.)

Also nicht die Interessen des Proletariats, weder auf absehbare Zeit, noch viel weniger in der Zukunft, kommen bei Großblockgeschäften in Betracht. Nicht mehr der Klassenkampf, nur noch Kampf gegen einen Teil des Bürgertums, um einem anderen Teil besser in den Sattel zu helfen. Keine Agitation für unsere Ideale, nur eine solche für den Großblock. Stimmungspolitik — genau wie das liberale Spießertum.

An anderer Stelle dieses Artikels heißt es: „Was uns verloren ging, waren liberale und Zentrumsstimmen". Nun, die neugewonnenen Stimmen, die den Gegnern einst gehörten, mußten eben immer erst zu dauerndem Besitz unserer Partei gemacht werden, dies können sie aber nur durch energische Aufklärung im Geiste des Sozialismus, aber nie — durch Verschmelzung mit den Stimmen unserer Gegner.

Von 30 Zentrum, 5 Konservativen, 1 Wildliberaler, 19 Nationalliberalen, 5 Fortschrittlern und 13 Sozialdemokraten, die in den Landtag einziehen, erwarten wir keine Weltenwende, weder im reaktionären, noch im fortschrittlichen Sinne.

Was aber die Wahlen selbst betrifft, dürften sie geeignet sein, als gutes Lehrmittel in der Arbeiterbewegung Beachtung zu finden und manchen Streit abkürzen zu helfen, der nur durch praktische Beweise erledigt werden kann. In der „Chemnitzer Volksstimme" sucht auch Genosse Frank durch die alte bildliche Ausrede: Wer nicht mit uns einverstanden ist, versteht nichts, den Großblock in folgender Weise zu verteidigen. „Wer es sich bequem macht und einfach im Großblock die Fehlerquelle sieht, kennt die Verhältnisse nicht." — Nein, so bequem darf man es sich heute nicht mehr machen, dieses „Verhältnisse kennen" wirkt nicht mehr bei allen Leuten. Die Verhältnisse werden eben verschieden aufgefaßt.

Trotz aller Meinungsverschiedenartigkeit, in einem, und das ist der wichtigste Punkt, sind wir uns eins, die eigene Kraft wird uns wieder vorwärts bringen. Unseren ewig blinden Feinden, den bürgerlichen Parteien, wird das kämpfende Proletariat Badens beweisen, daß der Sozialismus vorwärts und aufwärts dringt, zu lichten Höhen die ganze Menschheit führend.

*

Im Gegensatz zu dieser stark „ideologisch" gefärbten Betrachtung steht die eines Lörracher Genossen, der über die Gewerkschaftsbewegung und die badische Großblocktaktik in der Freiburger „Volkswacht" folgende beachtenswerte Ausführungen macht.

„Dieses Thema ist nicht neu und nicht etwa erst entfacht durch den Ausfall der Landtagswahl 1913 oder durch den Wiesentäler Artikel im „Vorwärts" hervorgerufen. Gerade im Wiesental besteht seit Jahren ein Kreis von Gegnern der badischen Großblockpolitik. Dies ist nicht nur der Fall in unseren Reihen, sondern auch in den Reihen unseres Hauptgegners, den Nationalliberalen. Das trat in ziemlicher Stärke 1913 in Erscheinung bei den Kandidatenaufstellungen. Hüben und drüben wurden Beschlüsse gefaßt, die sich ziemlich scharf aussprachen gegen den Großblock im ersten Wahlgang.

Dies ist ohne weiteres erklärlich aus den Verhältnissen, wie sie hierzulande gelagert und im Wiesentäler Vorwärtsartikel treffend geschildert sind. Die Großblockgegnerschaft hatte ihre Anfänge im Jahre 1907, bis dahin hatte man sich mit dieser Taktik gut abgefunden. In dieser Zeit trat im Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung zu dem „liberalen" Wiesentäler Fabrikantentum eine Wandlung ein. Die Gewerkschaftsbewegung trat damals erstmals soweit sie die Textilindustrie umfaßte, in Offensivstellung ein. Dies hatte zur Folge, daß der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital offener und schärfer denn je zutage trat. Die Offensivstellung und die Anwendung schärferer Waffen rüttelte natürlich auch das Fabrikantentum aus der bisherigen Ruhe. Dessen brutal zur Anwendung kommenden Machtmitteln gegenüber konnte die eingenommene, nur schwach formierte Offensivstellung der jungen Organisationen nicht standhalten. Sie wurden dezimiert und zum Teil sogar aufgerieben. Die brutalen Machtmittel des Wiesentäler Industrieliberalismus blieben Sieger, was jedoch zur Folge hatte, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft von nun ab den „Industrieliberalismus" mit anderen Augen ansah als bisher. Die Kämpfe legten eben offen dar, daß der Liberalismus der Wiesentäler Industriemagnaten zu den Hunden flieht, sobald der Arbeiter nur im geringsten an seinen Geldsack pocht. Dieser Liberalismus ist eben kein Jota besser, als derjenige der Scharfmacher in anderen Teilen Deutschlands.

Das rücksichtslose Verhalten des Industrieliberalismus gegenüber der organisierten Arbeiterschaft zeitigte dann allmählich die Gegnerschaft gegen die Großblocktaktik der Partei in Baden. Psychologisch auch leicht begreiflich. Derjenige Teil der modernen Arbeiterbewegung, der täglich von diesem Industrieliberalismus gepeinigt und gemartert wird, kann keine Freude daran haben, wenn der andere Teil seinem Todfeind die Hand zum Bunde reicht. Durch solch einen Bund fühlt sich der ausgeprägte Klassenkämpfer in der Wahrnehmung seiner Interessen auf Schritt und Tritt beeinträchtigt. Er muß und wird deshalb zum ausgesprochenen Gegner der Großblocktaktik werden. Zu wundern braucht man sich deshalb nicht, wenn ihm der Wahlausfall 1913 den vielleicht willkommenen Anlaß bietet, entschiedener als zuvor diesem Großblockgebilde auf den Leib zu rücken und dieses jetzt auch für den Wahlmißerfolg der Sozialdemokratie verantwortlich zu machen.

Anders liegt jedoch die Frage: Kann aus obigen Gründen dem Großblock die Daseinsberechtigung schlankweg abgesprochen werden? Mitnichten! Das Urteil über den Großblock und dessen Arbeitsgemeinschaft nach 1909 entspringt bei unseren Großblockgegnern unter Außerachtlassung des Großblockzweckes der Wahrnehmung einer einseitigen Interessensphäre, nämlich: die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter im Kampfe gegen das Kapital. Das spricht aus jeder Zeile des Wiesentäler Vorwärtsartikels, dessen Beweise, die gegen die Großblocktaktik angeführt werden, nach allen Seiten hinken und sogar gegen die Großblockgegner selbst gerichtet werden können. Was ist z. B. gegen den Großblock gesagt, wenn der Vorwärtsartikler schreibt:

> Sobald in einem Betriebe krasse Fälle von Willkür zu verzeichnen waren, liefen die in der christlichen Maske steckenden Zentrumsagitatoren im ganzen badischen Oberland von Versammlung zu Versammlung, erzählten den jeweiligen Willkürakt und bemerkten dann: „Seht, das tun die Verbündeten der Roten!"

Damit ist noch lange nichts gegen den Großblock gesagt, sondern bestenfalls nur konstatiert, daß das Zentrum es vorzüglich versteht, seine Demagogenpolitik nur bei dem politischen Indifferentismus an den Mann zu bringen. Mit solchen Beweisen gegen den Großblock sollte man zu Hause bleiben, zumal solche Argumente mit Leichtigkeit auch gegen den Großblockgegner im gewerkschaftlichen Gewande gerichtet werden können. Mit gleichem Recht kann der Großblockfreund argumentieren: Horchmal, lieber Freund, wie kannst du es verantworten, mit den christlichen Organisationen gemeinsame Kämpfe gegen das Kapital zu führen, wo du doch wissen mußt, daß dir jeden Augenblick Verrat lauert von den „in der christlichen Maske" steckenden Zentrumsagitatoren?

Die Antwort auf dieses Argument wird prompt lauten: das ist Taktik, um positive Erfolge zu erziehen, die wir nicht allein erringen können, weil wir doch zu schwach sind. Also Taktik, um etwas zu erzielen. So ist es aber auch gerade beim Großblock, der geboren wurde aus der Erkenntnis heraus, daß weder die Sozialdemokratie noch der Liberalismus allein stark genug sind, den Machtgelüsten des Zentrums einen

Damm entgegenzusetzen. Ein gerissener Zentrumsagitator wird sogar aus der nur vorübergehenden „Koalitionstaktik" des freiorganisierten Gewerkschaftsführers für das Zentrum Kapital schlagen können. Auch diese Taktik kann ihm die Waffen liefern, dem Zentrum die Hasen in die Küche zu jagen.

Also der Vorwärtsartikel beweist nichts gegen die Großblocktaktik, die Gründe für den Mißerfolg der Sozialdemokratie beim Wahlausfall 1913 liegen irgendwo anders. In erster Linie muß in Betracht gezogen werden, daß die Sozialdemokratie stets nur an die politische Intelligenz appellierte, während das Zentrum sein politisches Geschäft bei dem politischen Indifferentismus verankert und dabei über eine organisatorische Kraft verfügt, die uns nicht zu Gebote steht. Darin liegt der Schwerpunkt des Mißerfolges hier und des Erfolges dort. In Wirklichkeit liegt der Erfolg in der stärkeren, dem Gegner mindestens ebenbürtigen Kräfteentfaltung der Organisation, die uns zu Gebote stand.

Alles was übrig bleibt, um gegen die Großblocktaktik ins Feld geführt werden zu können, kann in die wenigen Worte zusammengefaßt werden: Die Großblocktaktik ist für die Sozialdemokratie dort gefährlich, wo sie dem Gegner keine annähernd ebenbürtige Organisation gegenüberstellen kann. Der Stimmenzuwachs von 1909 konnte organisatorisch nicht verwertet werden, außergewöhnliche Umstände brachten ihn uns; durch die Großblocktaktik wurde das Zentrum zu äußerster Kraftentfaltung und lückenloser Schließung seiner Organisation aufgestachelt und das ist es, was unseren Mißerfolg verursachte. Lernen wir daraus und nützen wir die Zeit aus, dann wird die Scharte ausgewetzt werden. Verfehlt ist aber der Ruf: „In den Orkus mit dem Großblock!" Ob und wann er in dem Orkus verschwinden muß, kann nicht davon abhängig gemacht werden, daß unsere Partei 1913 ein Fiasko erlitt. Es sei denn, daß man sich resigniert in eine Ecke setzen und abwarten will, bis das schwarze Meer überläuft. Das wäre auch eine Taktik, die aber sehr wahrscheinlich dazu führen würde, die Gassen unendlich zu verstopfen, welche die Großblocktaktik offen hält und weiter ausebnen soll für die freie Entwicklung geistiger und kultureller Tätigkeit, ohne die der Aufstieg des Proletariats schlechterdings nicht denkbar ist.

Wer dies noch nicht begriffen hat und nicht begreifen kann, bleibt allerdings Gegner des Großblocks. Gegner des Großblocks kann nur sein, wer dem Standpunkt huldigt: „Die Partei über alles!" Ein Schlagwort, das im Munde unserer Gegner in dem vergangenen Wahlkampf eine nicht unbedeutende Rolle gegen unsere Partei spielte und vielleicht auch beigetragen hat zu dem Mißerfolg von 1913, aber stets nur dort, wo es uns an der Organisation mangelte und unsere Aufklärungsarbeit nicht hinreichte. Einzig in der Organisation liegt unsere Kraft und ruhen unsere Erfolge. Schaffen wir uns diese Kraft, dann wird nicht nur die Scharte von 1913 auszuwetzen sein, sondern auch der Großblock überflüssig werden.

Neue Militärforderungen.

Ehe noch der Reichshaushaltsetat dem Reichstage zugegangen ist, ist eine bürgerliche Korrespondenz bereits in der Lage, den preußischen Militäretat zu verhökern. Wenn die verbreiteten Angaben richtig sind, dann werden vom Reichstage abermals Mittel für Neuformationen verlangt. Die neuen Truppenteile, die aufgestellt werden, sind bereits in der großen Militärvorlage bewilligt worden, stellen also keine Neuforderungen dar. Dagegen wird eine wesentliche Verstärkung des Intendanturpersonals verlangt. Diese Verstärkung war vom Reichstage abgelehnt worden und das Kriegsministerium begründet nun die abermalige Einbringung dieser Forderung damit, daß der Balkanfeldzug die großen Verpflegungsschwierigkeiten eines Heeres gezeigt habe. Die Lehren, die man daraus gezogen, müßten dazu führen, daß eine Vermehrung des Intendanturpersonals gefordert wurde.

Wir möchten dazu bemerken: Dem Reichstage ist seit Jahren bereits eine Denkschrift über die Intendantur in Aussicht gestellt, ohne daß diese Schrift bis heute fertiggestellt worden wäre. Es handelt sich gar nicht darum, ob eine Anzahl Assessoren neu angestellt werden sollen, als vielmehr darum, wie das System künftig zu gestalten ist. Die Heeresverwaltung will die Intendantur den Generälen zur Seite stellen; Fachleute dagegen vertreten die ohne Zweifel sehr richtige Ansicht, daß die Intendantur vollkommen selbständig gestaltet werden muß. Solange diese Kardinalfrage nicht entschieden ist, ist es eine unnütze Ausgabe, eine Anzahl Beamte der Intendantur gegenwärtig neu anzustellen. Die andere Forderung, die auf den schärfsten Widerspruch der Mehrheit des Reichstags stoßen wird, ist die Besetzung von 15 Bezirkskommandos mit pensionierten Regimentskommandeuren unter Zuteilung je eines zweiten inaktiven Stabsoffiziers. Seit Jahren ist das Kriegsministerium bestrebt, in die Stellen der Bezirkskommandeure höhere Offiziere hineinzuschieben. So haben wir eine Anzahl Bezirkskommandos, an deren Spitze ein General steht; eine Reihe anderer erhielten Obersten als Kommandeure, und nun sollen noch weitere 15 Bezirkskommandos mit Regimentskommandeuren besetzt werden! Die Begründung sagt nichts neues, sie fügt nur den recht bemerkenswerten Satz hinzu:

„Es ist zu verwundern, daß der Reichstag einerseits über Fehlgriffe seitens der Bezirkskommandeure klagt, anderseits der Heeresverwaltung die Mittel versagt, durch bessere Auswahl der Persönlichkeiten die Uebelstände abstellen zu können."

Nachdem der Reichstag diese Forderung im heurigen Frühjahr abgelehnt hat, will man jetzt, wahrscheinlich im Anschluß an den Fall Knittel als weitere Begründung anführen, daß die Bezirkskommandos mit höheren Offizieren besetzt werden müßten. Das würde an dem System selber allerdings gar nichts ändern; denn es ist nicht nur über den Hauptmann Kammler im Falle Knittel geklagt worden, vielmehr richteten sich die Beschwerden gegen die Behandlung der Mannschaften des Beurlaubtenstandes bei Kontrollversammlungen, zum Teil auch gegen jene Kommandos, an deren Spitze bereits höhere Offiziere stehen. Je mehr das Kriegsministerium höhere Offiziere in die Bezirkskommandos abschieben kann, desto mehr wird die große Säge arbeiten. Es ist auch nicht richtig, daß der höhere Offizier, z. B. der Oberst, mehr leisten könne, als der an Jahren erheblich jüngere Major. Deshalb wird der Reichstag gut tun, wenn er auch diesmal wieder auf die Wünsche der Heeresverwaltung nicht eingeht. Wir haben in Deutschland eine solche Unmasse pensionierter Offiziere, daß es dem Kriegsministerium bei einigermaßen gutem Willen nicht schwer fallen wird, geeignete Leute herauszufinden. Ganz unbegründet aber ist die Forderung, daß diesen Regimentskommandeuren noch ein inaktiver Stabsoffizier, also ein Major, beigegeben werden soll. — Daß sich die verabschiedeten Offiziere teilweise keineswegs in einer beneidenswerten Lage befinden, soll zugegeben werden, aber der Reichstag kann seine Aufgabe nicht darin erblicken, nunmehr neue Stellen zu schaffen, in denen diese Offiziere gegen einen Zuschuß zu ihrer Pension weiter beschäftigt werden können.

Deutsche Politik.

Die Polizei als Kriegervereinskommandant.

Vierzig Jahre lang hindurch war der Maurer Wilhelm Märzdorf in Barby a. E. Mitglied des dortigen Kriegervereins, bis ihm plötzlich sein Ausschluß durch folgendes Schreiben des Vereinsvorstandes kund und zu wissen getan wurde:

„Durch Beschluß der Vorstandssitzung vom 18. d. M. wurde auf Antrag der hiesigen Polizeiverwaltung Ihre Mitgliedschaft im Barbyer Kriegerverein als erloschen erklärt, da Sie bei der am 6. d. M. stattgehabten Stadtverordnetenwahl Ihre Stimme für die der sozialdemokratischen Partei angehörenden Kandidaten abgegeben haben."

Daß die Polizei ihre Nase in alles hineinsteckt, ist ja eine bekannte Tatsache, aber daß sie, wie hier, Anträge stellen konnte zur Entfernung politisch anrüchiger Personen aus einem Kriegerverein, der doch an sich zur Polizei gar keine Beziehungen hat — das war bislang doch noch nicht zu verzeichnen. Die Polizei wird immer vielseitiger!

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung.

In Magdeburg hat auch der dortige „Reichsverein der liberalen Arbeiter und Angestellten" den Magistrat ersucht, zur Fürsorge für die Arbeitslosen folgende Maßnahmen zu treffen: 1. Inangriffnahme aller in Aussicht genommenen öffentlichen Arbeiten, 2. eine Summe in Höhe bis zu 50 000 Mark zur Unterstützung Arbeitsloser bereitzustellen und 3. Errichtung einer Arbeitslosen-Hilfskasse, die an alle seit sechs Monaten in der Gemeinde wohnenden Arbeitslosen eine tägliche Unterstützung von mindestens einer Mark bezahlt.

Das unter Ziffer 1 verlangte ist erst vor wenigen Wochen auf sozialdemokratischem Antrag von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen worden, während die seit Jahren von unseren Genossen im Stadtparlament gestellten und fast alljährlich wiederholten Anträge auf Schaffung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung stets sowohl beim Magistrat wie auch bei der Stadtverordnetenversammlung Ablehnung erfuhren. Ob der liberale Reichsverein wohl mehr Glück haben wird?

Ausländische Arbeiter in Staatsbetrieben.

Hunderttausende deutsche Arbeiter sind gegenwärtig ohne Lohn und Brot. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung verurteilt sie zum Darben. Statt daß in dieser Zeit eine sozial denkende Regierung nach Möglichkeit versucht, deutschen Arbeitern Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, holt die preußische Regierung Polen und Galizier, um sie in ihren Betrieben zu beschäftigen. So wird vom Bernsteinbau aus dem Samlande berichtet, daß Bernstein in reichlicher und guter Qualität gefunden wird. Da angeblich die Arbeiter am Orte knapp sind, so hat die Regierung gegen hundert Galizier und Polen kommen lassen, die in dem staatlichen Betriebe überwintern sollen.

Also, wenn im Samland die Arbeiter knapp sind, so versucht die preußische Regierung nicht aus dem großen Heer der deutschen Arbeitslosen Arbeitskräfte heranzuziehen, sondern sie holt Ausländer. Sie weiß natürlich sehr gut, daß die Arbeiter in Preußen-Deutschland von einer erschreckenden Arbeitslosigkeit heimgesucht werden; aber Polen und Galizier sind williger und vor allem billiger als deutsche Arbeiter! Dabei wirft der Bernsteinbau dem Staat Millionen Mark Profit ab. Wird der preußische Staat auch in einem etwaigen Kriege Polen und Galizier zu seiner Verteidigung hereinholen? Von den preußischen Arbeitern kann er unmöglich verlangen, daß sie ihr Leben für ihn einsetzen.

Protest gegen das neue Spionagegesetz.

Der Reichsverband der deutschen Presse hat eine Petition an den Reichstag gerichtet, in der er um die Ablehnung des § 9 des Gesetzes, der die Fallstricke für die Presse enthält, bittet.

Die Strafe des Leutnants von Forstner.

Wegen der bekannten Beschimpfung der Elsässer erhielt der Leutnant von Forstner in Zabern Kasernenarrest, außerdem wurde er von der vierten zur fünften Kompagnie versetzt. Der mitschuldige Unteroffizier erhielt fünf Tage Mittelarrest. Daß solche Strafen auf die davon Betroffenen Eindruck machen könnten, wird kein Mensch behaupten wollen.

Neid der Besitzenden.

Die „Kreuzzeitung" beschäftigt sich mit der bekannten Aktion, die die freien Gewerkschaften als Depositäre der Deutschen Bank bei der Leitung dieser Bank zum Schutze der Koalitionsfreiheit der Angestellten unternommen haben. Sie schreibt:

„Man kann aus diesen Drohungen ersehen, wie groß heute schon die Kapitalmacht der antikapitalistischen Sozialdemokratie ist. Ziffernmäßig wird man ja wohl nie erfahren, um welche Summen es sich bei den sozialdemokratischen Bankbeziehungen handelt, noch wie hoch die „größere" Zahl von Privatkapitalisten ist, auf die die Sozialdemokratie bei ihrem Bankboykott rechnen darf. Aber daß es sich hier um Hunderte von Millionen handelt, kann wohl mit Sicherheit angenommen werden. Dabei sind die großen Kapitalien, mit denen die Konsumvereine und ihre Zentraleinkaufsgenossenschaft arbeiten, noch gar nicht mit inbegriffen; denn dafür ist eine besondere Bank gegründet. Von dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband hat die Stadt Hildesheim erst kürzlich eine Anleihe von 600 000 Mk. auf ein Jahr zu 4,75 v. H. Zinsen und 0,1 v. H. Provision aufgenommen. **Und diese Kapitalmacht nennt sich Vertretung des Proletariats, Partei der Enterbten und Ausgebeuteten.** Woher aber stammen ihre

Die Flüchtigen.

Roman von Anton Fendrich.

49 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Bevor man weiteres sehen konnte, verrieten halblaute gedehnte Rufe des Entzückens, daß nun die schönsten Gruppen des Zuges nahten.

Zwölf kleine Knaben in der alten Landestracht der Seegegend gingen paarweis, und ein jeder hatte einen kleinen Gratten voll der schönsten Aepfel, Birnen und Zwetschgen auf dem Rücken. Jedem Paar war ein dritter Knabe in weißer Schürze und weißer Mütze, wie die Köche sie tragen, beigegeben. Wo diese kleinen Diener des Lukull jemand in der Menge entdeckten, der ihnen wohl gefiel, da griffen sie in den Gratten, holten Früchte heraus und überreichten sie mit zierlichem Anstand.

Der Gruppe von früchtespendenden Bübchen folgte eine andere von blumenstreuenden Mädchen. Aber noch war diese nicht vorübergegangen, als ein Zwischenfall den ganzen Zug zum Stehen brachte und die Aufmerksamkeit der Zuschauer hinaus auf die Fläche des Sees lenkte, dessen Wellen das Ufer fast dicht bis an die Straße heran beleckten.

Draußen auf der blauen Flut nahte ein schwarzer rauhgezimmerter Kahn, in dessen Mitte die Gestalt eines wilden mit erlegten Hasen und Hühnern behangenen Jägers sichtbar war. Von seiner grünen Hubertusmütze stand eine kühne Fasanenfeder in die Luft, und in seinem Arm ruhte eine große Armbrust. Vorn am Bugspriet aber saß ein kleiner blondlockiger Knabe, der nichts trug als ein kleines, von einem goldenen Band umgürtetes weißes Hemdchen. In den Händen hielt er einen feinen silbernen Bogen, und die Spitze seines scharfen Pfeils sah man in der Sonne funkeln.

Der wilde Jäger rief ein lautes Horridoh und Halt da! dem Zug entgegen, der auch wirklich auf dem ersten Anruf stehen blieb. Gleich darauf fuhr der Nachen knirschend in den Ufersand und der alte Professor vom Kloster Sankt Jörgen — denn niemand anders war es — sprang mit seinem Enkel, dem Bübchen, auf den Strand und führte den kleinen Gott Amor an die Spitze der nächsten Gruppe, die noch hinter der Straßenecke hinter den Büschen stand.

Georgs Mutter hatte in ihrer impulsiven Art schon Einspruch gegen eine solche Störung des Festes erheben wollen, als sie gerade noch zur rechten Zeit merkte, daß es sich um eine wohlverabredete Sache handelte und ihre Spannung wuchs, als sie hinter dem kleinen Schützen, den auch ein paar leichte weiße Flügel zierten, die dunkle Gestalt eines herrlichen schlanken Mädchens in leichtgeschürztem Gewand mit einem Jagdspeer in der Hand und einer silbernen Mondsichel in den griechisch gekämmten Haaren des Weges kommen sah. Das war Diana mit ihrem Gefolge, was nichts anderes heißen soll, als Ruthy mit ihrem Onkel und Georg als Begleiter. Der letztere war in ein Wolfsfell gekleidet und führte mit nackten Füßen und unbedecktem Kopf als Dianas Jagdgehilfe Adonis eine große Koppel weiß und braun gefleckter Hunde. Aber der wilde Eber, der in der Sage zur Strafe dafür, daß er sich allzu sehr in die Nähe der Göttin gewagt hatte, dem Kühnen mit seinen Hauern den Bauch aufriß, der war nirgends im Zug zu sehen.

Ruthy war bei den Leuten des Dorfes und des nahen Städtchens wohl bekannt und gern gelitten, und laute Hochrufe erschütterten die Luft, als sie vorüber ging. Frau Amrhein in ihrem Fenster wollte zuerst auch mitrufen. Als sie aber Georg erkannte, der wie ein junger Gott daher schritt, blieb ihr die Stimme im Halse stecken. Ihre Augen wanderten nur voll stummer Bewunderung einmal ihres Sohnes und das andere Mal des Mädchens, das ihm vorausschritt, von einem zum andern, und sie konnte nichts tun als nach Luft ringen, und halb verzückt, halb ohnmächtig die Arme zum Fenster hinaus in die Luft recken.

Erst jetzt sah Georg seine Mutter. Er winkte ihr in hellem Jubel zu und konnte noch gerade seiner Diana ein Wort zurufen, als ihr die Meute Hunde widerstandslos fort und an dem Haus vorüberschleppte. Ruthy hatte ihn verstanden und winkte der glücklichen Alten freundlich mit ihrem Speere zu. Und beiden voraus ging trippelnd aber siegreich der kleine blondlockige Amor.

Nun brachten zwei ältere Schüler als Wanderer in kurzen Gewändern an einer langen Stange die große Traube der Kundschafter aus dem Lande Kanaan. Sie war aus einzelnen Trauben so geschickt zusammengebunden, daß sie aussah wie eine einzige riesige Frucht, und die zwei Kundschafter erregten bei den Weinbauern vielleicht den allergrößten Beifall von sämtlichen Gruppen des Zugs.

Nun nahte das Ende des Festzugs, das aber auch für sich die allergrößte Ueberraschung war. Mit einem schweren Rückkorbe voll guter Dinge, die er links und rechts in die Menge warf, kam als Mann in mittleren Jahren der Herbst selbst geschritten. Er steckte in einem grünen, mit roten Aepfeln reich bestickten Rock. Aber, obwohl er so gebefreudig gestimmt war, machte er ein grimmiges Gesicht in die Welt. Niemand konnte es sich erklären, bis in einigem Abstand eine andere Gestalt in weißem Pelzrock und mit einer mächtigen Bärenmütze erschien, nach der der gute Herbst manchmal eine drohende Faust ausstreckte.

Das war der Winter, der auch dieses Jahr nicht ausbleiben würde. Aber wie zum Trost kam hinter dem Winter nach etwa zehn Schritten in hellgrünen Kleidern mit einem mächtigen Schneeglöckchen als Mütze auf dem Kopf ein junger Lenz geschritten, umtanzt von kleinen Gnomen und Elfen. Nach weiteren zehn Schritten nahte zu guterletzt in rohseidenem Gewand mit einem mächtigen Kranz aus Aehren, Kornblumen und Klatschrosen in der Hand ein blondes Mädchen, vor dem fünf kleine weiß gekleidete Kinder die fünf Worte des verheißungsvollen Satzes auf bekränzten Tafeln nebeneinander hertrugen:

Und wollen des Sommers warten.

Den Schluß bildeten die rot und weißen Landsknechte der zweiten Hälfte der städtischen Musikanten.

(Fortsetzung folgt.)

Wir empfehlen:
Der Neue Weltkalender 1914. Preis 40 Pfg.
Protokoll des Parteitags in Jena. Vereinsausgabe Preis 1,25 Mk., gebunden 1,75 Mk. Die gute Ausgabe broschiert 2,50 Mark. Halbfranzband 3,50 Mk. Porto 30 Pf.

Millionen? Nach der „wissenschaftlichen" Theorie der Sozialdemokratie aus der Ausbeutung der „Genossen".

Ueber die wissenschaftliche Theorie der Sozialdemokratie sich mit dem Junkerblatt auseinandersetzen zu wollen, wäre Kraftvergeudung. Wir begreifen durchaus, die Wut und den Neid der Reaktionäre, wenn ihnen wieder einmal die wirtschaftliche Macht vor Augen geführt wird, über die die Sozialdemokratie dank der Opfer, die das Proletariat für seine Sache bringt, verfügt.

Ausland.

Frankreich.

Protest eines sozialistischen Bürgermeisters. Wie aus Lille gemeldet wird, hat der sozialistische Deputierte und Bürgermeister von Lens Basly dem Präfekten erklärt, daß er es ablehne, für die Unterkunft der nach dem Streikgebiet entsandten Truppen zu sorgen. Da diese Weigerung keine Beachtung fand, erhob Basly in einer Depesche an den Ministerpräsidenten Einspruch gegen die Entsendung der Truppen, die eine überflüssige Herausforderung bilde, weil die Ausständigen die größte Ruhe beobachtet hätten.

Holland.

Entwicklung der Arbeiterbewegung. Nach der vorliegenden neuesten Statistik war die Entwicklung der holländischen Arbeiterbewegung im vergangenen Jahre (Oktober 1912 bis Oktober 1913) sehr erfreulich. Die der Zentrale angeschlossenen Gewerkschaften steigerten ihre Mitgliederzahl von 56 884 auf 79 327. Die Mitgliederzahl der Partei stieg von 14 154 auf 20 623 im Jahr; sie gewann bisher noch über 1000 Mitglieder. Die Zahl der Ortskektionen der Partei vermehrte sich von 272 auf 373. Die Abonnentenzahl des Zentralorgans der Partei stieg von 20 000 auf 28 000, die der Frauenzeitung von 4000 auf 5500. In den Gemeindevertretungen erhöhte sich die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter von 171 auf 247, in den Provinzialvertretungen von 23 auf 52. Die Buchhandlung der Partei verbreitete 476 950 Broschüren. Die Zahl der Parteiblätter beträgt jetzt 27, die Zahl der den modernen Standpunkt vertretenden Gewerkschaftsblätter 43, die der örtlichen Gewerkschaftskartelle 48.

Ungarn.

Ein Kulturbild. In Szeged sieht man einen früheren Lehrer als Straßenkehrer. Er verdient nur 180 Heller (1,53 Mk.), aber er fühlt sich glülich gegen früher, wo er teils keine Beschäftigung, teils kein Gehalt für seine Arbeit erhielt. So wird geistige Arbeitskraft vergeudet. Dabei ist ein Drittel der Einwohner Ungarns des Lesens und Schreibens unkundig. Für Kanonen und diebische Regierungen hat es dort noch nie an Geld gefehlt.

Badische Politik.

Die Eröffnung des Landtags

wird am Donnerstag vormittag 11 Uhr durch den Großherzog erfolgen.

Die Probe aufs Exempel der Wacker-Taktik

wird bei der Wahl des Kammerpräsidiums erfolgen. Mit Frohlocken hat die Zentrumspresse verkündet, daß durch die mit Zentrumshilfe bewirkte Wahl der Abgg. Bitter, Krauth und Niederbühl der Großblock in Scherben geschlagen sei. Das Zentrum rechnet also bestimmt damit, daß die genannten drei nationalliberalen Abgeordneten die bisher von der nationalliberalen Fraktion beobachtete Taktik nicht mitmachen und sich in entscheidenden Fragen auf die Seite des klerikal-konservativen Blocks schlagen und diesem dadurch die Mehrheit verschaffen werde. Wäre dem so, dann hätte Herr Wacker mit seiner Spekulation Recht behalten, umgekehrt: folgen die genannten drei nationalliberalen Abgeordneten den Lockungen des Zentrums nicht, dann hat Herr Wacker mit seiner Zersplitterungstaktik daneben spekuliert und sich obendrein eine große politische und taktische Blamage zugezogen.

Wie das Zentrum sich zu der Frage der Präsidentenwahl stellt, steht fest, es nimmt denselben Standpunkt ein, wie auf den beiden letzten Landtagen. Ueber die Stellung der Nationalliberalen, insbesondere derjenigen Abgeordneten, von deren Verhalten die Entscheidung abhängt, weiß man noch nichts Bestimmtes. Nur so viel ist sicher, daß Herr Niederbühl der nationalliberalen Fraktion beitritt. Sehr beachtenswerte Ausführungen über die augenblickliche Situation macht der frühere Parteichef der Nationalliberalen, Herr Landgerichtsdirektor Obkircher, in einem Artikel der Zeitschrift „Panther". Obkircher neigt bekanntlich stark zum rechten Flügel der Nationalliberalen. Um so bemerkenswerter ist das, was er über die parteipolitische Konstellation im neuen Landtag sagt. Obkircher führt u. a. aus, daß die Gründe der Opposition gegen den Großblock in Rastatt und anderwärts lokaler und persönlicher Natur seien, hätten mit der politischen Zuverlässigkeit der Gewählten und ihrer Wähler nichts zu tun. Die zwanzig nationalliberalen Abgeordneten würden ein ebenso geschlossenes Ganzes bilden, wie es die siebzehn der alten Kammer getan hätten. Im Anschluß daran kommt Obkircher auf die Präsidentenwahl zu sprechen und schreibt:

„Demnach können die Parteien der Linken in vollkommen ungetrübten Verhältnis an die parlamentarische Arbeit herantreten. Ob sie gewillt sind, die Zusammenarbeit bei den Wahlen hierbei fortzusetzen, muß die nächste Zukunft lehren. Symptomatisch wird nach dieser Richtung hin ihr Verhalten bei der Wahl des Präsidenten der Zweiten Kammer sein. Wird die Linke dem auf dreißig Mandate angewachsenen und von fünf Konservativen unterstützten Zentrum den Sitz des ersten Präsidenten einräumen, und wird das Zentrum diesen Sitz einnehmen wollen, wenn es nur in der Weise geschehen kann, daß der Posten des ersten Vizepräsidenten den Nationalliberalen und des zweiten Vizepräsidenten den Sozialdemokraten zuerteilt wird, wie es dem Stärkeverhältnis der Parteien entspricht? Aus den Wahlvereinbarungen an sich ist für keine der beteiligten Parteien eine Bindung für ihr Verhalten im Landtage abzuleiten. Vielmehr ist jede Partei in der Lage, hier nur ganz nach ihren Grundsätzen und nach dem jedesmal in Frage stehenden politischen Ziele zu handeln. Da keine Partei für sich allein die Mehrheit besitzt, wird in streitigen Fragen **eine Anlehnung an andere Parteien stattfinden müssen. Es darf bestimmt erwartet werden, daß allen reaktionären Anstürmen der geeinigten Rechten jeweils auch die Linke einmütig entgegentreten wird."**

Wir begnügen uns damit, diese Ausführungen Obkirchers zu registrieren. Die Zentrumspresse verhält sich auffallend still dagegen. Das ist begreiflich, denn behält Obkircher mit seinen Vermutungen, dann hat Herr Wacker das Spiel mit seinen nationalliberalen Rechtsblockkandidaten verloren.

Für die Vertretung der Arbeiter in der Ersten Kammer

macht ein Zentrumsarbeiter im „Bad. Beobachter" Stimmung. Er schlägt vor, daß die Vertreter der Arbeiterschaft bei den vier badischen Versicherungsämtern als Wahlmänner für zwei Arbeitervertreter figurieren sollen.

Der „Bad. Beobachter" scheint den Vorschlag für erwägungswert zu halten. Noch vorgestern druckte er ohne Widerrede die Bemerkung der „Köln. Volksztg." ab, wonach das Zentrum nicht für die Einführung der Proportionalwahl zu haben sei, weil es eine Aenderung der Verfassung jetzt schon für inoportun halte. Also wies gerade paßt. Im übrigen zerbrechen sich die politisch denkenden Arbeiter über die Vertretung in der Ersten Kammer nicht die Köpfe, denn sie wissen, daß praktisch dabei für sie weiter nichts herauskommt. Es wäre auch der reinste Hohn, wenn die rund 300 000 badischen Arbeiter mit zwei Vertretern in der Ersten Kammer zu Wort kämen, dieweil vier bis fünf Dutzend adelige Junker deren acht zu wählen haben neben den Vertretern des höheren Adels, die durch Geburt Mitglieder der Ersten Kammer sind. So bescheiden wie unser liberales Bürgertum, das stillschweigend sich mit zwei Vertretern der Städte, zwei der Landwirtschaft und eines des Handwerks und dreier Hochschulen abspeisen läßt, sind die Arbeiter nicht. Wenn etwas das politisch denkfaule deutsche Bürgertum charakterisiert, so die Tatsache, daß es keinen Mut mehr hat, gegen die vorsintflutlichen Privilegien des Adels Front zu machen, der heute in allen deutschen Parlamenten in der Rolle des politischen Bremsers spielen kann. Dabei hat eine Stadt von 10 000 Einwohnern mehr wirtschaftliche, geistige und politische Bedeutung, als die ganze Adelsippe zusammengenommen. Wenn die Erste Kammer schon reformiert werden soll — wir sind dabei —, dann aber gleich gründliche Arbeit machen.

Aus der Partei.

46. Landtagswahlkreis.

(Pforzheim-Durlach-Ettlingen.

Die Mitgliedschaften und Inhaber von Sammelblocks ꝛc. werden gebeten, raschestens ihre Abrechnungen an den Kassier Ad. Rapp, Ettlingen, Kronenstraße, einzusenden.

Gewerkschaftliches.

Die Beilegung der Differenzen zwischen der Großeinkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine und den Tabakarbeitern ist bekanntlich durch ein Schiedsgericht erfolgt. Das Schiedsgericht tagte am 17. November in Hamburg und wurde gebildet durch die Herren Fresemann, Runge und Robert Schmidt als Vertreter der Gewerkschaften und die Herren von Elm, Arnhold und Dr. Müller als Vertreter der Genossenschaften.

In der Einigungsverhandlung vom 8. November waren dem Schiedsgericht die folgenden 3 Fragen zur Entscheidung überwiesen worden:

1. Bedeutet die Rahmenablieferung der fertigen Zigarren eine Mehrarbeit, die entsprechend zu vergüten ist?

2. Ist die Großeinkaufs-Gesellschaft berechtigt, auf Grund der bestehenden Arbeitsordnung eine halbstündige Vesperpause anzuordnen?

3. Welches ist der Instanzenweg beim Ausbruch von Differenzen?

Das Schiedsgericht fällte folgende Entscheidung:

1. Bei den Erörterungen über diesen Punkt hielten die Vertreter der Arbeiter daran fest, daß die Rahmenablieferung für sie eine Mehrarbeit bedeute, während von der Geschäftsleitung der Großeinkaufs-Gesellschaft betont wurde, daß die gleiche Arbeit in anderen privaten Betrieben in Frankenberg und Umgegend bei erheblich geringeren Löhnen ausgeführt wird.

Das Schiedsgericht kam zu dem Ergebnis, daß, wenn **eine** Mehrarbeit vorliegt, sie nicht von erheblicher Art sein kann. Indes ist zu berücksichtigen, daß die Arbeiter für die Arbeitsmethode nicht die nötige Uebung besitzen. Mit Rücksicht darauf erachtet es das Schiedsgericht für angemessen, wenn eine Entschädigung von 10 Pfg. pro Tausend gewährt wird.

2. Das Schiedsgericht empfiehlt der Großeinkaufs-Gesellschaft, dem Wunsche der Arbeiter auf Wegfall der Nachmittagspause insofern zu entsprechen, als sie zunächst versuchsweise die Vesperpause in Wegfall kommen läßt. Sollte sich herausstellen, daß trotzdem während der Arbeitszeit Speisen eingenommen werden, so ist nach Meinung des Schiedsgerichts die Großeinkaufs-,Gesellschaft berechtigt, die von ihr in Aussicht genommene Pause einzuführen. Das Verbot der Geschäftsleitung der Großeinkaufs-Gesellschaft, in ihren Tabakfabriken an den Arbeitsplätzen Essen einzunehmen, kann vom Standpunkte der Sozialpolitik und Hygiene und im Interesse der Zigarrenkonsumenten nur gebilligt werden.

3. Was die Streitfrage anbetrifft, ob nicht vor Ausbruch des Konflikts ein Schiedsgericht oder der Zentralvorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes zur Schlichtung der Streitigkeiten anzurufen war, so ist das Schiedsgericht der Meinung, daß die Arbeiter übereilt in diesem Konflikt gehandelt haben. Sicher wäre es bei einem rechtzeitigen Anrufen des Vorstandes des Tabakarbeiterverbandes oder eines Schiedsgerichts zu einem Ausgleich der Differenzen gekommen.

Bedauerlich erscheint es dem Schiedsgericht, daß in dem Tarifvertrag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes mit der Großeinkaufs-Gesellschaft ein Schiedsgerichtsverfahren nicht vorgesehen ist. Im Hinblick auf den Konflikt glaubt das Schiedsgericht den Beteiligten den Rat erteilen zu müssen, diese Lücke im Vertrage recht bald auszufüllen und dem Beispiel anderer Berufe folgend, diesen Tarif der Rechtsprechung des gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Tarifamtes zu unterstellen.

Bis zur Entscheidung einer solchen Schiedsinstanz dürfen weder Ausstände noch Aussperrungen erfolgen.

Die Entscheidung des Schiedsgerichts wurde einstimmig gefällt.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 24 des 5. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Sozialismus und Volkswohlfahrt. — Steuern. I. — Der Stammbaum des Menschen. Von Engelbert Graf. (Mit Abbildungen.) — Lehrer Neumann. Von Karl Löwe. — Eine Lehrlingsstatistik. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Der Sohn des Waldes. Erzählung von R. Kipling. (Schluß.) — Ueber die Heranbildung von Parteileitern. Von Richard Weimann. — Charakter. — Michelangelo. Von Otto Krille. (Mit Abbildungen.) — Ein junger Arbeiter. Gedichtzyklus von Fritz Elsner. — Die Zoologie in der Technik. Von Felix Kautsky. — Mut. Erzählung von Otto Koenig.

Kommunalpolitik.

r. **Bürgermeisterwahl in Muggensturm.** Nächsten Freitag, 28. Nov., findet in unserem Orte Bürgermeisterwahl statt. Wahlkörper ist der Bürgerausschuß mit 60 Mitgliedern und 8 Gemeinderäten, sowie der derzeitige Bürgermeister, zusammen 69 Stimmberechtigte, 35 Stimmen bildet also die Majorität. Unsere Partei stellte Genosse Schäfer, Gemeinderat und Kartonagenarbeiter bei Dreifuß u. Roos, als Kandidaten auf; derselbe hat die Kandidatur angenommen. Wie die Verhältnisse liegen, ist dessen Wahl gesichert. Wir erwarten von unseren Parteigenossen, daß sie Mann für Mann für unseren Kandidaten Josef Schäfer eintreten.

* **Eisenbahn Sinsheim—Oestringen.** Dieser Tage fand in Sinsheim eine Zusammenkunft der am Eisenbahnprojekt Sinsheim—Oestringen interessierten Gemeindevertreter statt. Einem ausführlichen Referat des Direktors Schott-Oestringen über die in der letzten Zeit beim Ministerium unternommenen Schritte war zu entnehmen, daß dort der Beschluß gefaßt worden ist, einige Automobil-Linien mit Personen- und Güterverkehr im Lande einzurichten, um die Rentabilität der eingerichteten Strecken auszuprobieren. In erster Linie sei hierzu die Strecke Sinsheim—Oestringen—Mingolsheim ausersehen. Nach einer eingehenden Aussprache über die Stellungnahme zu diesem Vorhaben wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, zunächst einmal mit der Automobillinie vorläufig vorlieb zu nehmen, das Bahnprojekt aber stets im Auge zu behalten.

* **Bürgerschaftswahlen in Lübeck.** Am Dienstag fanden in der Stadt und den Vorstädten die Ersatzwahlen zur Bürgerschaft statt. Die vier von uns bisher innegehabten Mandate der zweiten Klasse (Bürger mit einem Einkommen unter 2000 Mark) wurden glänzend behauptet. Unsere Kandidaten vereinigten zusammen 4218, die Gegner 925 Stimmen auf sich. In der ersten Klasse (Bürger mit über 2000 Mk. Einkommen) steigerten wir unsere Stimmenzahl um 25—50 Prozent. Nachdem, wie schon berichtet, in der vorigen Woche auf dem Landgebiet zum ersten Male eine Genosse gewählt worden ist, hat die sozialdemokrtische Fraktion in der Bürgerschaft nunmehr 13 Sitze — bisher 12 — inne. Die vom Reichsverband bediente Presse wußte von einer Niederlage unserer Genossen zu berichten. Als im Landgebiet zum erstenmale ein Sozialdemokrat gewählt wurde, nahm die reichsverbändlerische Presse an, daß dies der ganze Gewinn der Sozialdemokratie sei, die damit also vier Mandate eingebüßt hätte. In Wirklichkeit fanden die Wahlen in der Stadt Lübeck später statt, und dort haben wir unsere Sitze glänzend behauptet. So werden von der dem Reichsverband unterstehenden Presse sozialdemokratische Wahlsiege in Niederlagen umgelogen.

Werfet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

Kleines Feuilleton.

Ausstellung für Gesundheitspflege Stuttgart 1914. In der an Naturschönheiten überaus reichen Haupt- und Residenzstadt Württembergs, Stuttgart, findet im nächsten Jahre von Mai bis Oktober eine Ausstellung für Gesundheitspflege statt. Die Ausstellung ist ein gemeinnütziges Unternehmen der Stadt Stuttgart und sie wird in streng wissenschaftlicher Weise durchgeführt. Das Ausstellungsgelände liegt im Herzen der Stadt und ist nur drei Minuten vom Hauptbahnhof entfernt. Durch diese zentrale Lage mitten zwischen staatlichen und städtischen Gebäuden sind dem Ausstellungsgelände scharfe Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden können. Durch das rege Interesse, das der Ausstellung in wissenschaftlichen und industriellen Kreisen entgegengebracht wird, ist man schon an der äußersten Grenze angelangt. Durch die Raumfestlegung von vornherein wird bedingt, daß die Industrie nur in beschränktem Maße zugelassen werden kann und nur solche Unternehmen ausgewählt werden können, die Gegenstände zur Ausstellung bringen, die vorbildlich die wissenschaftliche Hygiene in praktischer Anwendung zeigen. Diese Ausstellung hat dadurch den seltenen Vorzug für sich, daß die Hauptsache der Ausstellung, die Schau der wissenschaftlichen Gesundheitspflege, vollkommen im Vordergrund steht. Die Bearbeitung und Leitung der Ausstellung ist Dr. med. J. Ingelfinger, dem ehemaligen Leiter der populären Abteilung „Der Mensch" der Dresdener Hygiene-Ausstellung, schon seit längerer Zeit übertragen worden. Die Stuttgarter Ausstellung wird aber keine Neuauflage des Dresdener „Menschen" sein, sondern sie wird auf anderer Grundlage ein einheitliches, großzügiges Bild des heutigen Standes der Hygiene geben; sie wird in anschaulicher, leicht faßlicher Weise dem Volke die Gesundheitspflege zum Wohle der Allgemeinheit lehren.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Montag, 24. Nov. C. 19. Zum erstenmale: **„Sönke Erichsen"**, Schauspiel in 3 Akten von Gustav Frenssen. Anfang ½8 Uhr, Ende ½10 Uhr.

Dienstag, 25. Nov. B. 21. **„Der Wildschütz"** oder **„Die Stimme der Natur"**, komische Oper in 3 Akten von Lortzing. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Donnerstag, 27. Nov. 9. Vorst. auß. Ab. Zum Besten der Hoftheaterpensionsanstalt: **„Die Fledermaus"**, Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Anfang ½8 Uhr, Ende gegen ½11 Uhr.

Freitag, 28. Nov. C. 20. **„Pygmalion"**, Komödie in 5 Akten von Bernard Shaw, deutsch von Siegfried Trebitsch. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Samstag, 29. Nov. A. 22. **„Cosi fan tutte"** (So machens alle), komische Oper in 2 Akten von Mozart. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag, 30. Nov. A. 21. **„Margarete"**, große Oper mit Ballet in 5 Akten von Gounod. Anfang ½7 Uhr, Ende nach ¾10 Uhr.

Montag, 1. Dez. B. 22. **„Sönke Erichsen"**, Schauspiel in 3 Akten von Gustav Frenssen. Anfang ½8 Uhr, Ende ½10 Uhr.

In Baden-Baden:

Mittwoch, 26. Nov. (9. Ab.-Vorst.) Zum erstenmale: „Pygmalion", Komödie in 5 Akten von Bernard Shaw, deutsch von Siegfried Trebitsch. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Welschneureut, 20. Nov. Noch einmal die Straßenrinne und die Bahnverwaltung. Von einem Genossen aus Welschneureut wird uns geschrieben: In Nr. 271 Ihres Blattes schreiben Sie, daß nicht der Gemeinderat, sondern die Bahnverwaltung der schuldige Teil sei, daß die Rinne so lange nicht hergestellt werde. Gewiß ist die Bahnverwaltung mitschuldig; aber warum drängt da der Gemeinderat nicht darauf, daß die Bahnverwaltung ihrem Versprechen nachkommt? Warum spricht der Gemeinderat nicht einmal am richtigen Platz ein ernstes Wort. Es hat doch geheißen, daß die Bahnverwaltung, wenn die Spur liegt, sofort die Sache machen läßt, damit die Gemeinde ihre Straßenrinne herstellen lassen kann. Leider ist aber bis jetzt noch nichts geschehen und wer weiß, wie lange es noch dauert, bis die Bahnverwaltung etwas tut, denn sie hat es ja nur versprochen, aber nicht unterschrieben; deshalb kann sie es ja auch hinausschieben, solange es ihr paßt. Der Gemeinderat, dessen Pflicht es wäre, dafür zu sorgen, daß die Sache bald erledigt wird, scheint sich sehr wenig um die Leute, die außerhalb der Bahnlinie wohnen, zu kümmern, denn seit sieben Jahren haben diese Leute den skandalösen Zustand. Diese Leute haben der Gemeinde gegenüber dieselben Pflichten, wie die anderen Bürger, deshalb wollen sie auch ihre Rechte. Auch dem großh. Bezirksamt ist dieser Zustand nicht unbekannt, auch dessen Pflicht wäre es gewesen, hier einzugreifen; denn die gegenwärtigen Verhältnisse sind gesundheitsschädlich und da unser Ort den größten Prozentsatz an Tuberkulose im Bezirk hat, so ist es doppelt notwendig, gesundheitsschädliche Mißstände zu beseitigen. Wir bitten deshalb das großh. Bezirksamt, dahin zu wirken, daß die Sache sofort geregelt wird.

Theaterbau in Pforzheim. Der Stadtrat Pforzheim hat beschlossen, beim Bürgerausschuß einen grundsätzlichen Beschluß wegen eines Theaterneubaues herbeizuführen und einen beschränkten Wettbewerb zu erlassen.

Soziale Rundschau.

* **Heidelberg**, 23. Nov. Mit der hier geplanten Einführung der Arbeitslosenfürsorge beschäftigte sich der Ausschuß des Hansabundes in einer Sitzung, zu welcher auch Vertreter von Gewerbe, Handel und Industrie hinzugezogen waren. Der Ausschuß nahm einen vollständig ablehnenden Standpunkt ein, den er in einer Resolution begründete und diese dem Stadtrat zugehen ließ.

* **Weinheim**, 23. Nov. Bei den hiesigen Krankenkassenwahlen erhielten die freien Gewerkschaften 27 und die Christlichen 13 Sitze.

Aus dem Lande.

Durlach.

— **Zum Revolverunfall.** Die Frau des Fabrikarbeiters G., der dieselbe am letzten Sonntag abend angeblich beim Hantieren mit dem geladenen Revolver in den Unterleib schoß, ist nunmehr an den Folgen dieser Verletzungen im städtischen Krankenhaus in Karlsruhe gestorben.

Bruchsal.

— **Amtsenthebung.** Herr Oberbürgermeister Stritt hatte, wie bereits berichtet, an den Stadtrat das Ersuchen gerichtet, ihn seines Postens zu entheben unter Gewährung der ihm gesetzlich zustehenden Pension. Diesem Wunsche entsprach der Stadtrat und am Samstag nachmittag eine hierzu einberufene Bürgerausschußsitzung, in welcher 97 Mitglieder anwesend waren. Nachdem ein Sprecher der verschiedenen Fraktionen in kurzen Worten sein Einverständnis erklärt hatte, fand eine namentliche Abstimmung statt, bei der alle mit Ja stimmten. Herr Stritt ist somit seines Postens enthoben und das Zentrum kann nun sein begonnenes Werk krönen.

— **Unfall.** Der Meßbesucher Zuckerbäcker Kinne, der auf dem hiesigen Jahrmarkt war, wollte seinen Wohnwagen auf der Bahn verladen. Der 17jährige Sohn desselben wollte dabei eine Schiene in Ordnung bringen, die zur Verbindung des Wagenrampens mit dem Wagen notwendig war. Zur selben Zeit wurde manöveriert. Einige Wagen, die abgestoßen wurden, brachten den Wagen in Bewegung und, da die Schwelle, welche zur Unterlage diente, morsch und faul war, wurde der Wagen an den Rampen gedrückt. Der junge Mann kam mit dem Unterleib dazwischen und das Unglück war geschehen. Schwer verletzt wurde der junge Mann hervorgezogen. Leider dauerte es ziemlich lange, bis man eine Tragbahre beigebracht hatte, eine sehr bedenkliche Sache in einem Betriebe, wo Unfälle keine Seltenheit sind. Der Schwerverletzte verstarb dann, nachdem man ihn nach dem Krankenhaus verbracht hatte. Die Leute werden ob des tragischen Geschickes allgemein bedauert.

Ettlingen.

— **Der Bürgerausschuß** wird sich in seiner nächsten Sitzung u. a. mit der Aufstellung eines Gehalts- und Lohntarifs für die städtischen Beamten, Bediensteten und Arbeiter zu beschäftigen haben. Die Erhöhung der Bezüge, wie sie der Entwurf enthält, bringt für das Jahr 1914 bei den Angestellten eine Erhöhung von 5634 Mk. und bei den Arbeitern eine solche von 2730 Mk. Vom 1. Januar 1915 ab entsteht ein weiterer jährlicher Aufwand für die Angestellten von rund 2440 Mk. und für die Arbeiter von etwa 1785 Mk. Die Gehaltstarifkommission hat ferner einen dem Bürgerausschuß zu unterbreitenden Antrag angenommen, den Gehalt des Gemeinderatskollegiums von 90 Mk. jährlich auf 200 Mk. für jedes Mitglied zu erhöhen.

Mannheim, 21. Nov. Eine aufsehenerregende Verhaftung erfolgte vorgestern durch die hiesige Krimnalpolizei. Der bekannte Ingenieur und Geschäftsführer der Schweizer-Werke, G. m. b. H., Oelfeuerung und Apparatebau Arthur Schweizer, der vor einigen Jahren in einem sensationellen, mehrere Tage dauernden Bauschwindelprozeß als Angeklagter vor der Strafkammer stand und damals zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt wurde, ist neuerdings wieder verhaftet worden und mit ihm der Hypotheken- und Immobilienagent Wilhelm Behr. Es ist noch nicht bekannt, ob die Anklage gegen die beiden Verhafteten wegen Betrugs oder wegen Wuchers erhoben werden wird, nur so viel ist sicher, daß es sich bei der Verhaftung um Angelegenheiten handelt, die Schweizer als Privatmann und nicht in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Schweizer-Werke besorgte.

— Der Arbeiter Ulmer war im städtischen Gaswerk mit dem Abdecken eines Stockwerkes beschäftigt. Hierbei stürzte eine Diele herunter. Bei dem Versuch, die Diele zu erhaschen, bekam er das Uebergewicht und stürzte kopfüber etwa 3 bis 4 Meter hinab. Er schlug hierbei auf eine Eisenschiene auf, wurde schwer verletzt vom Platze getragen und starb kurze Zeit darauf im Krankenhaus.

* **Stenographentagung.** Man schreibt uns: In Rastatt fand am 16. November die Herbstversammlung des badischen Stenographenbundes Stolze-Schrey, dem über 4000 Mitglieder angehören, statt. U. a. wurde beschlossen, in Zukunft auch für beste Vereinsleistung im Schön- und Rechtschreiben nach Diktat einen Wanderpreis zuzuerkennen. Dr. Fischer aus Gernsbach sprach über die Ausbildung von Vereins- und Unterrichtsleitern und Kreisschulrat Ischler über Stenographie und Jugendpflege. Des weiteren wurde der Beschluß gefaßt, dem Jungdeutschlandbund Baden beizutreten. Der nächste Bundestag findet Pfingsten 1914 in Konstanz statt.

Soweit die Zuschrift. Durch den Anschluß an den Jungdeutschlandbund Baden ist der Stenographenbund Stolze-Schrey ebenfalls in die Reihen jener Organisationen getreten, deren Hauptaufgabe Bekämpfung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaftsbewegung ist. Für jeden organisierten Arbeiter ergibt sich daraus die Konsequenz von selbst, sie heißt heraus aus solchen Vereinen und hinein in den Arbeitersteno-graphenbund, denn hier läuft er nicht Gefahr, mit seinem Gelde Bestrebungen zu unterstützen, die sich gegen ihn selbst, seine wirtschaftliche und politische Freiheit richten.

Gerichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Sitzung vom 20. November.

Ein eigenartige Fall von **Urkundenfälschung** beschäftigte heute die Strafkammer. Die etwas mysteriöse Vorgeschichte dieses Prozesses beginnt mit einer Eingabe der Gemeinde Unteröwisheim vom Jahre 1909, an den Großherzog, die mit dem Namen des Bürgermeisters dieser Gemeinde unterzeichnet war und in der Klage geführt wurde über die mißlichen Geldverhältnisse der Gemeinde, insbesondere auch über die Unzufriedenheit der Lehrer mit den vorhandenen Schulräumen, über den geringen Wert des Gemeinderats und über die mißlichen Verhältnisse der dortigen Lokalbahn. Als man in Karlsruhe sich näher mit der Eingabe beschäftigen wollte, stellte sich heraus, daß diese von einem Unbekannten angefertigt und die Unterschrift des Bürgermeisters gefälscht war. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen den Landwirt G. J. F. von Unteröwisheim und es wurde seitens der Staatsanwaltschaft Anklage gegen ihn erhoben wegen Urkundenfälschung. Der Beschuldigte bestritt in der damaligen Verhandlung die Täterschaft auf das entschiedenste, wurde jedoch auf Grund der Beweisaufnahme und hauptsächlich des Sachverständigengutachtens für überführt erachtet und wegen Urkundenfälschung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Am 25. Dezember 1912 kam nun von Buffalo in Amerika ein an den Großherzog persönlich gerichtetes Schreiben, in dem ein gewisser Heinrich Höpfinger in salbungsvollen Worten, angeblich um sein Gewissen zu erleichtern, sich selbst bezichtigte, seinerzeit die Eingabe an den Großherzog geschrieben und mit dem Namen des Bürgermeisters unterzeichnet zu haben. Die daraufhin angestellten Nachforschungen ergaben, daß im Jahre 1909 tatsächlich ein Gipser Heinrich Höpfinger nach Buffalo ausgewandert war. Nun wies aber die ganze Art und Weise, wie das zuletzt an den Großherzog gerichtete Schreiben abgefaßt war darauf hin, daß der Schreiber dieses Briefes mit dem Verfasser der Eingabe von 1909, die eine ganze Reihe gleicher Ausdrücke und Wendungen wie der Brief enthielt, identisch sei.

Da man als erwiesen betrachtete, daß F., der ja auch deshalb verurteilt war, die Eingabe an den Großherzog gefälscht habe, so nahm man an, daß F. auch das von Buffalo eingelaufene Schreiben gefälscht, mit dem Namen des Höpfinger unterzeichnet und durch eine Vertrauensperson das nach Amerika geschickte Schriftstück in Buffalo habe zur Post geben lassen. Die Staatsanwaltschaft erhob erneut Anklage wegen Urkundenfälschung gegen F., die heute vor der Strafkammer zur Verhandlung stand. Zu der interessanten Verhandlung war eine große Anzahl Zeugen geladen; außerdem fungierte als Sachverständiger Gerichtschemiker Jeserich-Charlottenburg. Auch heute bestreitet der Angeklagte jede Täter- und Mitwisserschaft an beiden Schreiben und beharrt entschieden darauf, daß er seinerzeit unschuldig verurteilt worden sei. Die Einvernahme der großen Anzahl von Zeugen förderte nichts wesentliches zutage. Daran anschließend erfolgte die Vernehmung des Sachverständigen Jeserich, der nach längeren Ausführungen auf Grund seiner eingehenden Untersuchungen und Vergleichen der erhobenen Schriftproben zu dem Schluß kommt, daß es von einer an Bestimmtheit grenzenden Wahrscheinlichkeit sei, daß der Angeklagte der Schreiber sowohl der Eingabe, als auch des aus Amerika gekommenen Briefes sei. Es bestehe eine solche Uebereinstimmung in allen Kleinigkeiten zwischen den erhobenen Schriftproben und den beiden inkriminierten Schreiben, daß auch für den Laien fast kein Zweifel möglich sei, daß der Schreiber ein und dieselbe Person sei. Auch diesem erdrückenden Beweis gegenüber beteuert der Angeklagte seine Unschuld. Das Gericht erlangte jedoch nach nochmaliger sorgfältiger Prüfung des gesamten Materials die Ueberzeugung, daß der Beschuldigte tatsächlich die Fälschungen angefertigt hat und verurteilte ihn wegen Fälschung einer Privaturkunde, die zum Beweis von Rechten von Erheblichkeit war, zu 6 Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß das Gericht die volle Ueberzeugung erlangt habe, daß auch die erste Verurteilung des Angeklagten zu Recht erfolgt sei und daß nach dem Gutachten des Sachverständigen, der eine Autorität ersten Ranges sei, der Angeklagte auch als der Fälschung des zweiten Briefes überführt zu betrachten sei.

In heutiger Sitzung der Strafkammer wurden zwei weitere Opfer der Durlach-Karlsruhe-Mannheimer Abtreibungsaffäre Kiefer-Herzog, die Ehefrau A. M., geb. R. von Grünwettersbach und die Dienstmagd W. K. von Durlach abgeurteilt. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführt wurde, ergab die Verurteilung beider Angeklagten wegen Verbrechens gegen § 218 R.Str.G.B. zu der Mindeststrafe von je **6 Monaten Gefängnis.** Auch in diesem Falle zog das Gericht strafmildernd in Betracht, daß die beiden Frauen erst durch den Einfluß der Kiefer bezw. Herzog zu ihrem verbrecherischen Tun verleitet wurden.

* **Drei Jahre unschuldig im Zuchthaus.** In der Nacht zum Montag den 30. November 1908 wurde auf dem Wege von Unterglauheim nach Berghausen bei Höchst a. D. der Oekonomensohn Johann Schnelle von Berghausen mit Stockschlägen mißhandelt und dann durch einen Messerstich getötet. Als Täter wurde im Mai 1909 der 1879 in Blindheim geborene verheiratete Schreiner Karl Krammer von Unterglauheim vom Schwurgericht Augsburg zu einer siebenjährigen Zuchthausstrafe verurteilt. Ein Mitangeklagter, der Oekonomensohn Kaspar Böhm von Berghausen, wurde freigesprochen. Krammer mußte am 5 Juni 1909 seine Zuchthausstrafe antreten, hörte jedoch nicht auf, seine Schuldlosigkeit an dem Tod des Schnelle zu beteuern, wie er dies vom ersten Tage an getan hatte. Er gab zu, dabei gewesen zu sein, als Böhm den Schnelle mißhandelte, bestritt jedoch, sich an der Mißhandlung beteiligt und insbesondere dem Schnelle den tödlichen Stich versetzt zu haben. Unausgesetzt betrieb Krammer vom Zuchthaus aus die Wiederaufnahme des Verfahrens, die er, nach Verbüßung von drei Jahren Zuchthaus, im Vorjahre wegen ernster Gesundheitsgefährdung mit einer Strafunterbrechung bedacht, endlich im heurigen Jahre erreichte. In seiner Verzweiflung hatte er sich an den Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Dr. Frank-Mannheim gewendet und dieser hatte, durch Studium des Falles von der Schuldlosigkeit des Angeklagten überzeugt, die Verbeistandung des Angeklagten im Wiederaufnahmeverfahren und dessen Verteidigung in der fünftägigen Verhandlung übernommen, um dem in ärmlichen Verhältnissen lebenden Mann zu seinem Recht zu verhelfen. In der Verhandlung traten immer mehr Umstände zutage, die auf den früher freigesprochenen Böhm als den Täter hinwiesen, der jedoch aus rechtlichen Gründen für die Tat nicht mehr zur Verantwortung gelangen kann. Nach eindrucksvollen Ausführungen des Verteidigers Dr. Frank gelangten nun die Geschworenen zur Verneinung beider gestellten Schuldfragen und damit hatte das Gericht die Möglichkeit, den seinerzeit unschuldig Verurteilten freizusprechen.

*

* **Mannheim**, 21. Nov. Der wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilte Schreiner K. Krammer, ist im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen worden. Er ist **3½ Jahre unschuldig im Zuchthaus gesessen.**

* **Heidelberg**, 21. Nov. Vor der Strafkammer kam die Berufung des Chauffeurs Trinkle, der seinerzeit den Arbeiter Seiler aus Dossenheim überfahren und schwer verletzt hatte, zur Verhandlung. Trinkle ist, wie der Staatsanwalt auch erklärte, ein gemeingefährlicher Fahrer, der im Sommer ds. Js. einen russischen Studenten tot gefahren hatte. Die Revision des Angeklagten wurde verworfen.

* **Konstanz**, 21. Nov. Der Kassier der Elektrizitätsgesellschaft in Rielasingen, Landwirt Fr. Kenzler, wurde von der Strafkammer wegen Unterschlagungen zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe**, 24. November.

Zur bevorstehenden Krankenkassenwahl

läßt sich der „Badische Beobachter" von einem „Arbeiter" schreiben, daß in den meisten Ortskrankenkassen sozialdemokratische „Mißwirtschaft" herrsche. Zur Begründung seiner unverschämten Ausführungen führt der „Arbeiter" zwei Kassen an, und zwar die Münchener und die Solinger Ortskrankenkasse.

Was es mit der Solinger Ortskrankenkasse für eine Bewandtnis hat, haben wir schon ausführlich in der Nummer vom Montag, 17. November, durch Abdruck der Gerichtsverhandlung unseren Lesern mitgeteilt. Wer dort der Schuldige war, ist kein Sozialdemokrat gewesen, sondern ein gut bürgerlicher Gegner der Sozialdemokratie, der Rendant Reinhardt. Dieser Herr war früher auf dem Landratsamt Schreiber, dann **Beamter der Solinger Polizei**, von wo er mit **Hilfe der Aufsichtsbehörde** der Krankenkasse **aufgedrängt** wurde. Die anderen 7 Angeklagten waren teils Unternehmer, teils Arbeitnehmer und zwei Beamte. Das große Verbrechen, welches sich der Vorsitzende der Kasse zu schulden kommen ließ, war, daß er sich durch Beschluß des Vorstandes eine zweite Hypothek auf sein Haus verschreiben ließ, und außerdem kleinere Beträge vom Rendanten entliehen hatte. Alle Gelder wurden **wieder zurückerstattet.** Knoth, so heißt der Vorsitzende, hat die Kasse also nicht direkt geschädigt. Knoth ist Sozialdemokrat, wurde aber im schärfsten Widerspruch gegen die Arbeitnehmervertreter im Vorstand auf Antrag der Arbeitgebervertreter zum Vorsitzenden der Kasse gewählt. Der Rendant Reinhardt erhielt 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, der Vorsitzende Knoth erhielt, trotzdem der Staatsanwalt nur 14 Tage Gefängnis beantragt hatte, einen Monat Gefängnis. Der zweite Vorsitzende der Kasse, der Kartonnagenfabrikant Otto Gießmann, welcher der liberalen Partei angehört, hatte die Unterschrift eines Arztes gefälscht, jedoch mit dem Schriftstück keinen Gebrauch gemacht. Außerdem hatte er sich vom Rendanten verschiedene kleinere und größere Geldbeträge geliehen, von denen er wußte, daß sie aus Kassenmitteln stammten. Außerdem hat Gießmann die Kasse dadurch betrogen, daß er der Kasse in drei Jahren für 4879 Mk. Buchbinderkosten anrechnete, während er tatsächlich nur für 1600 Mk. geliefert hatte. Er gab an, aus Not gehandelt zu haben. Gießmann erhielt 3 Monate Gefängnis. Der frühere Unternehmervertreter, Tiefbauunternehmer Bosselmann, hatte sich auch durch Vorstandsbeschluß zwei Hypotheken auf Grundstücke verschreiben lassen, gegen teilweise Verpfändung von Wertpapieren. Auch er ist kein Sozialdemokrat. Er erhielt wegen Untreue 2 Monate Gefängnis.

Und nun der weitere Sozialdemokrat. Der frühere Beamte des Metallarbeiterverbandes, Josef Albers, hatte sich von dem Rendanten wiederholt Geldbeträge geliehen, von denen er aber nicht wußte, daß es unterschlagene Kassengelder waren, sondern der Rendant bezeugte selbst, daß er Albers auf dem Glauben ließ, das Geld sei aus seinen Privatmitteln. Albers zahlte monatlich 15 Mk. zurück und die üblichen Zinsen. Er erhielt einen Monat Gefängnis. Ein weiterer Angeklagter war der Bandagist Lohr, der die Kasse dadurch schädigte, daß er für Lieferungen höhere Beträge in die Rechnungen einsetzte, als was er geliefert hatte. Hierfür gab er dem Rendanten bei der Bezahlung der Rechnungen jedesmal 10 bis 20 Mark. Lohr wurde zu einer Geldstrafe von 300 Mk. verurteilt Auch er ist kein Sozialdemokrat.

Als weitere Angeklagte kamen noch in Betracht der Bureaugehilfe Syhr und der Kassenbote Dietz. Ersterer hatte sich vom Rendanten etwas über 2000 Mk. an Gehalt zuviel zahlen lassen, letzterer hatte 50 Mk. Manko. Syhr war der Intimus von Reinhardt und ist bürgerlicher Wähler. Er sagte, daß er den Betrag als Vorschuß auf spätere Gehaltszahlungen erhalten habe. Er erhielt 3 Wochen Gefängnis. Dietz kam mit 20 Mk. Geldstrafe davon. Hätte die Aufsichtsbehörde auch nur einigermaßen ihre Pflicht getan, wären die sicher bedauernswerten Vorkommnisse vermieten worden.

Aber mit welchem Recht werden diese Vorkommnisse der Sozialdemokratie an die Rockschöße gehangen? Auf der Anklagebank saßen zwei Sozialdemokraten, während die anderen lauter „Bürgerliche" waren. Kann man eine Partei verantwortlich machen für die Verfehlungen eines Einzelnen? Warum bringt der „Bad. Beobachter" nicht die großen Unterschlagungen des frommen Bankiers Müller in Baden-Baden, und macht die Zentrumspartei hierfür verantwortlich? Dieser fromme Mann hat hunderte von kleinen Leuten um ihr Hab und Gut gebracht, während er bei der Fronleichnamsprozession immer an der Spitze marschierte. Ja, Bauer, das ist etwas anderes. Wir brauchen nicht aus Baden zu gehen, wenn wir die Unterschlagungen und Veruntreuungen von Zentrumschristen an den Pranger stellen wollten. Aber das tun wir nicht, das überlassen wir den Tugendbolden in den christlichen Blättern.

Und nun zu dem Vorwurf über die Münchener Ortskrankenkasse, die unter sozialdemokratischer Leitung stehe und im Jahre 1905 ein Defizit von 700 000 Mk. gehabt hätte.

Darauf ist zu sagen: Ab 1. Januar 1904 schlossen sich die zehn in München bestehenden Ortskrankenkassen zusammen. Ein Teil dieser Kassen arbeitete mit beträchtlichen Unterbilanzen und hatten erheblich geringere Leistungen aufzuweisen als die nunmehr zentralisierte Kasse. Eine ganze Reihe von Mitgliedern der einzelnen Kassen hatten ein wöchentliches Krankengeld von 9 Mk. gehabt. Aber alle Kranken, die nach dem 2. Oktober 1903 krank wurden und über den 1. Januar 1904 hinaus krank blieben — und der Krankenstand war damals ein hoher — erhielten, ohne daß sie Gelegenheit hatten, entsprechende Beiträge bezahlt zu haben, **von der neuen zentralisierten Kasse auf einmal pro Woche 17,50 Mark Krankengeld.** Gleichzeitig wurde mit der Zentralisierung die Unterstützungsdauer **von 13 Wochen auf 26 Wochen ausgedehnt.** Die meisten der 10 Kassen waren finanziell schlecht gestellt und hatten den **gesetzlichen Reservefond bei weitem nicht beisammen.** Unter solchen Umständen war es selbstverständlich, daß die Ausgaben im Rechnungsjahre 1904 wesentlich höher sein mußten, als die Einnahmen. Nach dem amtlichen Bericht setzen sich die Mehrausgaben der Ortskrankenkasse für München aus folgenden Posten zusammen:

	1903 Mk.	1904 Mk.	Mehr Mk.
Für ärztliche Behandlung	373 853,05	490 000	116 146,95
„ Krankenanstalts-Verpflegung	587 324,84	664 000	76 675,16
„ Krankengeld und Angehörigen-Unterstützg.	965 465,82	1 810 000	844 534,18
„ Wöchnerinnen	60 079,93	100 000	39 920,07
„ Sterbegelder	38 620,06	56 000	17 379,94
	2 025 343,70	3 120 000	1 094 656,30

Also allein für diese fünf Posten eine Mehrausgabe gegen 1903 von 1 094 656,30 Mark. **Das ist der Schlüssel zum Defizit.** An dieser Summe nun konnte die Verwaltung nicht einen Pfennig sparen, da die Erfüllungsbestimmungen laut Statut und Vertrag bei Uebernahme der Verwaltung bereits bestanden haben.

Damals hat auch die Aufsichtsbehörde durch den Herrn Rechtsrat Heind **dem Kassenvorstand ein glänzendes Zeugnis ausgestellt, mit der ausdrücklichen Motivierung, daß der Kassenvorstand einwandfrei gearbeitet habe. Auch der „Bayerische Kurier" (Zentralorgan des Zentrums in Bayern) hat dies damals festgestellt.** Wenn im Jahre 1912 bei der Münchener Ortskrankenkasse der Reservefond nicht die gesetzliche Höhe hatte und auch 10 Proz. der Beiträge diesem nicht zugeführt werden konnte, so ist das eine Erscheinung, die bei hunderten von anderen Kassen auch vorhanden ist. Es ist übrigens eine unhaltbare gesetzliche Vorschrift, einen so erheblichen Teil der Beiträge jährlich dem Reservefond zuführen zu müssen. Darum ist auch in der Reichsversicherungsordnung die betr. Bestimmung dahin geändert worden, daß nur noch 5 Prozent der Beiträge abgeführt zu werden brauchen, d. h., nur so lange, bis die gesetzliche Höhe erreicht ist, die bekanntlich in der Durchschnittsausgabe der letzten drei Jahre besteht. **Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter der Münchener Kasse** haben gegen die Forderung der Aufsichtsbehörde, Erhöhung der Beiträge oder Herabsetzung der Leistungen, in Generalversammlungen **wiederholt protestiert** und erklärt, daß zu derartigen Maßnahmen **keine Veranlassung bestehe** und daß die Finanzen der Kasse **durchaus geregelte seien.** Uebrigens werde mit dem Inkrafttreten des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung das Verlangen der Aufsichtsbehörde überhaupt hinfällig.

Daß die **Vermögensverhältnisse der Ortskrankenkasse für München** ganz normale sind, geht aus dieser Gegenüberstellung von Ortskrankenkassen größerer Städte hervor:

Name der Kasse	Mitglieder im Durchschnitt	Gesamt-Vermögen Mk.	Vermög. pro Mitglied Mk.
Leipzig	194 365	4 574 662,98	23,53
München	136 477	4 117 405,30	30,17
Dresden	127 938	4 036 130,83	31,54
Berlin (Kaufleute)	126 813	1 595 579,54	12,57
Stuttgart	89 777	2 627 647,52	29,27
Chemnitz	69 019	1 163 495,41	16,86
Hamburg (Kaufleute)	63 440	1 661 410,13	26,19

Bei der Beurteilung dieser Ziffern ist zu beachten, daß die meisten der hier aufgeführten Kassen seit mehr als 25 Jahren bestehen.

Wir haben ja schon gewußt, daß es so kommen wird, denn es müßten keine Zentrumsschriften sein. Sie huldigen vor wie nach dem Grundsatz: „Immer feste drauf gelogen, wenn es auch nicht wahr ist, etwas bleibt doch immer hängen.

Wie steht es aber mit den christlich-national geleiteten Kassen? Nur einige Beispiele?

Bei der bayerischen Militärarbeiter-Krankenkasse wirkten bis zur letzten Wahl nur christliche Vertreter in der Vorstandschaft. Sie konnten aber nicht verhindern, daß der Abschluß pro 1911 ein Defizit von rund **20 300 Mark** brachte, wovon die Militärbehörde freiwillig 8000 Mk. deckte. Es trifft somit auf jedes der 2300 bis 2400 Kassenmitgliedern ein Defizit von **9 Mk.** Würde die Ortskrankenkasse München auch so wirtschaften, so ergäbe das Defizit 140 000 mal = 1 260 000 Mark. In der „Gewerkschaftsstimme" vom 5. Juni weiß man dieses Defizit der Militärkrankenkasse sehr wohl zu begründen. Bei einer unter sozialdemokratischer Verwaltung stehenden Kasse muß aber ein etwa vorhandenes Defizit nach der christlichen Darstellung unbedingt eine Wirkung der „teuflischen Verworfenheit" der verhaßten Sozialdemokraten sein.

Ein anderes Beispiel: In der Betriebskrankenkasse der bayerischen Straßen- und Flußbauämter sitzen neben Beamten auch die Christlichen. Resultat: „In der letzten Generalversammlung der Betriebskrankenkasse der bayerischen Straßen- und Flußbauämter ergab die Rechnungsablage ein Defizit von rund 92 000 Mk., während 1910 noch 20 000 Mk. dem Reservefonds zugeführt werden konnten. Die Ursache des Defizits, an dem einige Bauämter hervorragend beteiligt sind (z. B. Traunstein mit 22 000 Mk.), dürfte nach den Darlegungen der Vorstandschaft einerseits in dem heißen Sommer 1911, anderseits auch in der mangelnden Krankenkontrolle liegen. Ist es doch wiederholt festgestellt worden, daß sich Arbeiter krank meldeten, um sodann neben dem Bezuge des Krankengeldes ihre Felder und Wiesen zu bestellen. Auch die erst vor einem Jahre eingeführte Familienversicherung weist bei rund 6000 Mk. Einnahmen mehr als 12 000 Mk. Ausgaben auf. Die Aufsichtsbehörde — die Regierung von Oberbayern — hat deshalb die Erhöhung der Beiträge und die Reduzierung der Leistungen auf das gesetzliche Mindestmaß verlangt.

Ferner: Die unter sozialdemokratischer Verwaltung stehende Ortskrankenkasse Kattowitz verbraucht bei 183 000 Mk. Einnahmen rund 10 000 Mk. für Verwaltungskosten, die Ortskraneknasse Königshütte, deren Vorstand zwei Sozialdemokraten angehören, bei 175 000 Mark Einnahmen rund 13 000 Mk. Dagegen wendet die unter Zentrumsleitung stehende Ortskrankenkasse L in Beuthen bei 135 469,54 Mk. Einnahme fast **24 000 Mk. für Verwaltungszwecke und „Sonstiges"** auf. Es wurden z. B. dem Rendanten zum Besuche einer Ausstellung in Süddeutschland über 500 Mk. bewilligt. Zum Krankenkassentage in Berlin wurden zwei Vorstandsmitglieder delegiert, die je 250 Mk. Diäten erhalten sollten. Jetzt endlich scheint die Aufsichtsbehörde der Schleuderwirtschaft ein Ende zu machen.

Wir könnten noch mehr solcher niedlichen Blüten **christlicher** Verwaltungskunst anführen, wollen es aber für heute bewendet sein lassen.

Zum Schluß kommt der Artikelschreiber auch auf die hiesigen Verhältnisse zu sprechen und sagt, auch hier sei nicht alles so, wie es sein sollte. Was meint der Artikler damit? Heraus mit der Sprache! Der „Beobachter" mag aber „beobachten", daß er sich dabei nicht wieder die Finger verbrennt wie schon einmal bei einem gleichen Vorwurf, wo der Redakteur, als er vor Gericht den Beweis erbringen sollte, mitsamt einem Gewerkschaftschristen mit 100 Mark Strafe belegt wurde. Dann heißt es, man habe die christlichen Verbesserungsvorschläge rücksichtslos niedergestimmt. Was waren denn das für Verbesserungsvorschläge? Wir wüßten keine. Alle Verbesserungsvorschläge in Bezug auf Erweiterung der Leistungen gingen aus dem Schoße des Vorstandes hervor, in dem 8 Vertreter der freien Gewerkschaften bisher gesessen haben. Wenn der Artikelschreiber meint, die „Christlichen" hätten, entsprechend ihrer Stärke, eine Vertretung im Vorstand zu beanspruchen gehabt, so erinnern wir ihn daran, daß im Jahre 1906, wo sie zum letztenmal allein eine Liste aufstellten, **ganze 200 Stimmen aufbrachten, während die freien Gewerkschaften fast 2000 Stimmen erhielten.** Nein, die „Christlichen" sind in Karlsruhe von seiten der freien Gewerkschaften nur zu gut behandelt worden, denn man hat denselben freiwillig eine Anzahl Sitze in der Generalversammlung überlassen. Wo in aller Welt hat man einmal gehört, daß da, wo die Christlichen in der Mehrheit waren, sie den freien Gewerkschaften freiwillig einige Sitze abgetreten hätten? Rücksichtslos haben sie allüberall ihre Macht hochgehalten und durchgeführt. Schauen wir nur nach Bayern, wo das Zentrum im Landtag die Mehrheit besitzt, dort hat man den Arbeitern das Koalitionsrecht genommen. Nun, diesmal wird ja nach dem Proportionalwahlsystem gewählt, da können sie ja zeichen, wer hinter diesen „Arbeitsfreunden" steht.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Ihr alle wißt, was die bisherigen Vertreter der freien Gewerkschaften im Vorstand und in der Generalversammlung gearbeitet haben, verdoppelt gegenüber diesen verabscheuungswürdigen Verleumdungen der „Christlichen" eure Aufklärungsarbeit bis zur Wahl, auf daß diesen Menschen ein Denkzettel gegeben wird, an dem sie für immer genug haben.

Die städtebauliche Ausstellung in Karlsruhe.

Die vom badischen Architekten- und Ingenieurverein in der Festhalle hier veranstaltete Ausstellung für Städtebau, Siedelungs- und Wohnungswesen wurde letzten Samstag durch einen Festakt in der Aula der technischen Hochschule eröffnet. Es hatten sich zu dieser Feier eine große Anzahl Vertreter der Regierung, u. a. die Minister v. Bodman, Böhm und Rheinboldt, der sonstigen staatlichen und städtischen Behörden, Vertreter auswärtiger Stadtverwaltungen, der Rektor und Professoren der technischen Hochschule usw. eingefunden. Der Vorsitzende des bad. Architekten- und Ingenieur-Vereins, Herr Prof. Rehbock, begrüßte in einer kurzen Ansprache die Versammlung und schilderte dabei auch die Entstehung und den Zweck der Ausstellung. Auf der in diesem Sommer in Leipzig stattgefundenen Internationalen Baufachausstellung hatte besonders in der wissenschaftlichen Abteilung die von Herrn Regierungsbaumeister a. D. Langen geleitete und nach seinen Ideen aufgebaute Abteilung für Städtebau, für Siedelungs- und Wohnwesen nicht nur im Kreise der technischen Besucher der Ausstellung ein solches Interesse erregte, daß der Plan entstand, diesen Teil der Ausstellung zunächst als Wandermuseum in einer Reihe von Städten des In- und Auslandes vorzuführen, später aber dauernd in würdiger Weise an einer passenden Stelle unterzubringen. In der Ueberzeugung von der gewaltigen Bedeutung, welche einer großzügigen und weit vorausschauenden Gestaltung der Städte und der Besiedelung des Landes für die wirtschaftliche und gesundheitliche Entwicklung und für die kulturelle Hebung und die innere Befriedigung weiter Volkskreise besitzt, glaubte der Badische Architekten- und Ingenieur-Verein versuchen zu sollen, dieses wertvolle Material für eine Ausstellung in Karlsruhe zu gewinnen, zumal die Stadt Karlsruhe und verschiedene andere badische Städte zurzeit vor eingreifenden und für die fernere Zukunft grundlegenden Entscheidungen in ihrer Entwicklung als Großstadt stehen, und es daher besonders wichtig erscheint, auch weitere Kreise mit den Erfahrungen und den Bestrebungen anderer Städte bekannt zu machen, damit daraus die richtigen Schlußfolgerungen für die Gestaltung der badischen Städte gezogen werden können.

Dank dem Entgegenkommen der Staatsregierung und der Stadtverwaltung ist es gelungen, die als Wanderausstellung organisierte Ausstellung schon kurz nach der Leipziger Baufach-Ausstellung für Karlsruhe zu gewinnen und vom heutigen Tage an hier der öffentlichen Besichtigung zugänglich zu machen.

Herr Professor Rehbock dankte zum Schlusse noch der Staatsregierung für die freigebige Unterstützung des Unternehmens, sowie der Stadtverwaltung Karlsruhe, die die Ausstellung nicht nur durch einen namhaften Beitrag, sondern auch sonst in tatkräftiger und wirksamer Weise gefördert haben. Die Ausstellung wurde durch eine Anzahl von Modellen, die städtebauliche Aufgaben in Karlsruhe betreffen, bereichert, auch wurde eine Reihe von Einheitsplänen der Stadt Karlsruhe vom städtischen Tiefbauamt für die Ausstellung angefertigt, die einen guten Vergleich zwischen den Verhältnissen in Karlsruhe und anderen Städten ermöglichen.

Im Anschluß an diese Ausführungen hielt Herr Regierungsbaumeister a. D. Langen einen Vortrag über „Die Besiedelung der Erde und über die Aufgaben eines Arbeitsmuseums für Siedelungswesen, Städtebau und Wohnwesen". Redner stellte in interessanter Weise die Vorstellung, die die Menschen der früheren Jahrhunderte und Jahrtausende von der Erde hatten, den heutigen Verhältnissen gegenüber. Damals glaubten die Menschen, die Grenzen der Welt lägen weit draußen in den heiligen Gebieten der Religion. Vor tausend Jahren gab es in Deutschland noch Urwälder. Ungezählte Jahrtausende hatte jede menschliche Siedelung dagelegen, eingebettet in eine Fülle von Wald und künftigem Ackerboden. Der Mensch nahm gleichsam aus Gottes Hand, was er brauchte, ohne Bedenken, daß diese Quelle je versiegen könnte. Als jene Schätze gefunden wurden, auf deren immer stärkerem Abbau unsere heutige Technik und gesamte Zivilisation ruht: Kohlen und Eisen. In interessanter Weise schilderte Redner nun die Umwälzungen, die im letzten Jahrhundert stattgefunden haben. Die Wälder siechen dahin an den Wirkungen des Rauches unserer Industrie. Die herrlichen Linien der Bergketten, die schönsten Gipfel werden in ihren Formen zerstört durch immer tiefer sich hineinfressende Steinbrüche. Die Bäche und Flüsse der Gebirge werden immer mehr technischen Zwecken dienstbar gemacht und schon schauen wir in den entlegensten Gebieten ferner Weltteile nach der Gewinnung neuer Wasserkräfte aus. Die Zahl der Menschen hat sich gegenüber früheren Jahrhunderten außerordentlich gesteigert. Um uns zu nähren und zu kleiden, werden die ernsten Gefilde anderer Weltteile bebaut, und der Kuli in China, der Hindu, der Neger werden immer stärker eingespannt in die straffe Kette einer vernünftig ausnützenden Weltwirtschaft. In den letzten hundert Jahren ist die Menschheit zum Herrn der Erde geworden, hat sie das Land mit ihren Verkehrsnetzen überzogen, hat sie sich die Scholle dienstbar gemacht, die Wälder gelichtet und sieht sich schon gezwungen, tiefer und tiefer zu graben, um die Bodenschätze zu heben, deren Bedürfnis sie sich selbst erschuf. Früher ein Jäger, der beutesuchend sorglos die Wildnis durchstreifte, ist heute der Mensch zum Hausherrn geworden, dessen Wohnung die Welt ist, dessen Aufgabe immer mehr werden wird, sparsam zu verwalten, umsichtig zu ordnen und bei der Besiedelung der Welt die Gesetze der Gesundheit für den Körper, der Wohnlichkeit und Schönheit für die Seele wohl zu beachten.

An einer großen Zahl von Lichtbildern zeigte im Anschluß hieran der Redner diese gewaltigen Umwälzungen. Es wurden zunächst auf Weltkarten in graphischer Darstellung das Tierreich, Mineralreich und Pflanzenreich gezeigt, weitere Karten zeigten die Bevölkerungsdichten, die Verkehrswege, Eisenbahn und Schiffahrt der Erde, im Anschluß hieran die auf Deutschland bezüglichen Karten. — Der Redner fand mit seinen äußerst interessanten Darlegungen lebhaften Beifall. — Der Eröffnungsakt hatte damit sein Ende erreicht.

Am Nachmittag fand ein Rundgang durch die Ausstellung statt, wobei Regierungsbaumeister a. D. Langen die Führung hatte. Auf die Ausstellung selbst kommen wir noch zurück. Sie ist geöffnet bis zum 7. Dezember und zwar Werktags von 3—8 Uhr und Sonntags von 11—8 Uhr. Der Eintritt beträgt 20 Pf.

---

* **Arbeiterdiskussionsklub.** Am Dienstag, 25. Nov., abends halb 9 Uhr, findet **im Gemeindehaus** der Südstadt (Eingang nur Luisenstraße) **ein Vortrag** statt. Herr Damenschneider Adolf Domsch wird **über das Thema:** Die Lektüre des Arbeiters" sprechen. Der Redner **hat über** dieses Thema eine sehr beachtenswerte Schrift **veröffentlicht,** so daß man seinem Vortrag mit großem Interesse **entgegensieht.** Eintritt frei. Gäste willkommen.

„Studentenbrauch und Studentensprache" betitelte sich das Thema, über das auf Veranlassung des „Deutschen Sprachvereins" am Freitag abend Professor Dr. Meisinger im gutbesetzten Rathaussaale sprach. Ausgehend von dem Studentenleben unserer Zeit behandelte der Redner das Studentenleben in antiker Zeit, um dann speziell das Studentenleben im deutschen Mittelalter zu behandeln. Von Rom aus übertrugen sich die Studentenbräuche nach Deutschland. Der Student ist im früheren Mittelalter durchweg ein Geistlicher. Köstliche Blüten trug die mittelalterliche Studentenpoesie. Der Besuch der Vorlesungen selbst war durch Gesetze nicht geregelt. Oft gab das Betragen der Studenten Anlaß zu Streitigkeiten mit den Bürgern. Getrunken wurde damals von den Studenten schon viel. In den Bursen (Behausungen der Studenten) gab es Trinkmessen und Trinkdisputationen, oft kam es um die Zeit vor dem 30jährigen Krieg, die auch eine gewisse Entfaltung der Studentensitten mit sich bringt, dazu, daß Studenten das Soldatenhandwerk ergreifen. Neben großen „Bierfehden" ist aus jener Zeit besonders die Tatsache interessant, daß Doktor Faust und dessen Traktätlein in den Köpfen spuckte. Im 17. Jahrhundert kam der Verfall der Universitäten, dem dann durch Thomasius-Halle u. a. entgegengetreten wurde. Später trugen dann die Studenten spez. französisches Wesen und Gepräge zur Schau. Das allmählich aufkommende Kaffeetrinken hielt von Wien her und das Tabakrauchen von den Niederlanden her seinen Einzug. Das Interesse an der Literatur wird dann in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts immer stärker, wenn auch abweichende Bewegungen zu verzeichnen sind. Was die oft ulkigen studentischen Bezeichnungen betrifft, so stehen sie mit der Gaunersprache im nahen Zusammenhang. Vielfach war es Sitte, deutschen Worten lateinische oder griechische Reflexionsendungen anzuhängen, eine Wortform, die sich manchmal bis heute erhielt. Aus oft unbekannter Herkunft stammend, hat die Studentensprache die mannigfachsten Wandlungen durchgemacht, bis sie sowie die Studentensitten überhaupt sich endlich zu den heutigen Formen verdichteten. Der durch humorvolle Bemerkungen belebte Vortrag wurde von den Besuchern mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

* **Schülerturnen in Mühlburg.** Vielfachen Wünschen folgend, eröffnet die Freie Turnerschaft nunmehr auch in Mühlburg eine Schülerabteilung. Die Uebungsstunden finden vom 25. November ab jeden Dienstag abend von ½8—½9 Uhr in der alten Turnhalle der Volksschule, Hardtstraße 3, statt. Der stets steigende Turnbesuch bei den Schülerabteilungen der Ost-, Süd- und Weststadt ist ein Beweis dafür, daß das Schülerturnen ein Bedürfnis und zur Kräftigung des jugendlichen Körpers notwendig ist. Deshalb ist zu erwarten, daß diese neue Turngelegenheit auch von der Mühlburger Arbeiterjugend begrüßt und fleißig benützt wird. Die teilnehmenden Schüler müssen das 10. Lebensjahr überschritten haben und die schriftliche Erlaubnis der Eltern mitbringen. An Beitrag werden nur 20 Pf. pro Jahr (für Unfallversicherung) erhoben.

Gleichzeitig sei an die Turnstunden der Männer- und Zöglingsabteilung erinnert, die Dienstags und Freitags in der obengenannten Halle stattfinden. Besonders im Winter, wo es seltener möglich ist, sich im Freien zu ergehen, ist es notwendig, den Körper zu kräftigen und gegen schädliche Einflüsse widerstandsfähig zu machen. Zum Besuch der Turnstunden, in denen man sich von dem wohltätigen Einfluß der Leibesübungen überzeugen kann, ist die Mühlburger Arbeiterschaft jederzeit freundlich eingeladen.

* **Vom Arbeiter-Stenographenbund** wird uns geschrieben: Mit beginnendem Herbst belebt sich auch die örtliche Bildungsarbeit von neuem. Belehrende Veranstaltungen sind, vielfach mit beträchtlichen Unkosten verknüpft, vorgesehen. Alle diese Bildungsbestrebungen haben nur für die einen wirklichen, bleibenden Wert, die auf Grund gediegener gründlicher Elementarbildung daran erfolgreich teilnehmen können. Wie alljährlich wird die Mangelhaftigkeit unserer Volksschulvorbildung wieder erkennen lassen, daß der Boden, auf dem unsere Bildungsarbeit gedeihen soll, ein recht steiniger ist. Ohne eine gute Schrift werden wir aber keine für Alle erfolgreiche Bildungsarbeit bewältigen können. Es sollte sich daher jede Arbeiterorganisation, die sich die Förderung der Bildungsarbeit mit zur Aufgabe gemacht hat, vor allem auch den Elementarfächern und namentlich dem Schreiben zuwenden. An Stelle der gewöhnlichen, veralteten Schrift muß die moderne Kurzschrift treten, die viel leichter und dabei viel vorteilhafter als die nun schon recht alte und durchaus nicht mehr allen Ansprüchen der neuen Zeit genügende Schrift und „Rechtschreibung" ist. Sie zu erlernen ist niemand zu jung, denn sie ist leichter als die gewöhnliche Schrift zu erlernen und eignet sich, wie die Stenographenfibel beweist, schon für die jüngsten ABC-Schützen. Dazu ist aber auch noch niemand zu alt, denn wir müssen in spätern Jahren, wenn das Leben seine Anforderungen an uns stellt, noch vieles lernen, das uns die Volksschule vorenthalten hat. Vor allem ersuchen wir die Arbeitervereinigungen, ihren Mitgliedern die Pflege der Schrift, und zwar der modernen Kurzschrift nahe zu legen, die ihre im ganzen Leben so notwendige Schreibarbeit wieder neu beleben, die gesamte Bildungsarbeit unserer Klasse eminent fördern und unterstützen wird.

Die Mitgliedschaft Karlsruhe des Deutschen Arbeiter-Stenographen-Bundes bietet jedem vorwärtsstrebenden Genossen und Genossinnen Gelegenheit, sich eine moderne Kurzschrift anzueignen. Am 25. d. M. beginnt wiederum ein Anfängerkurs und bitten wir unsere Anzeigen im „Volksfreund" beachten zu wollen. — Nähere Auskunft erteilt jederzeit der Bezirksleiter M. Hanselmann, Bachstr. 58.

* **Oeffentlicher Vortrag.** Donnerstag, 27. d. M., 8½ Uhr, abends, spricht im großen Saale der „Eintracht", Karl Friedrichstraße Nr. 30, der schon durch seine früheren Vorträge hier bestens bekannte Redner Emil Peters, Schriftsteller und 1. Vorsitzender des Bundes für Regeneration, über das hochinteressante Thema: **„Wie steigert man seine körperliche und geistige Leistungsfähigkeit."** Da heutigen Tags an die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit, die für das Fortkommen und die Erreichung von Lebensstellungen und Erfolgen von ausschlaggebender Bedeutung ist, die höchsten Anforderungen gestellt werden, ist dieser Vortrag für alle Kreise gleich wichtig. Herr Peters, dem der Ruf als glänzender Redner vorausgeht, wird u. a. über das Gesetz der Arbeit, die Freude an der Arbeit, Hygiene der Nerven, Essen und Geistesarbeit, die Beeinflussung der körperlichen und geistigen Arbeit, die Höhepunkte geistigen Schaffens und wie man die geistige Kraft zu Höchstleistungen steigern kann, sprechen. Der Besuch des Vortrags kann daher warm empfohlen werden.

* **Experimentalvortrag über die indische Fakirlehre.** Herr Peryt Schou hielt Mittwoch abend im gut besetzten Eintrachtsaale einen wissenschaftlichen Experimentalvortrag über die indische Fakirlehre. Der Vortragende versuchte den Zuhörern die Lehre, nach der sich die indischen Fakire zu ihren oft außergewöhnlichen und verblüffenden Leistungen bilden und schulen, auseinanderzusetzen. Er sprach über die Atemtechnik, über die Konzentrationslehre, über die Methoden, nach denen es die verschiedenen Schüler fertig bringen, vollkommen Herr über ihren Körper zu werden usf. Es konnte natürlich alles nur ein Andeuten sein; ob in Wirklichkeit auch alles so ist, was Herr Peryt Schou sagte, das nachzuweisen wird dem Laien kaum möglich sein. Die Experimente waren auch solche, so interessant sie waren, die auch „gewöhnliche" Europäer fertig bringen, die sicher nicht die lange Schule der Fakire durchgemacht haben. Wir glauben, daß der größte Teil der Besucher den Saal ziemlich unbefriedigt verlassen hat.

* **Sittlichkeitsverbrechen.** In der Nacht zum 20. ds. Mts. gab sich im Beiertheimer Wäldchen ein Mann einem Liebespärchen gegenüber unberechtigterweise als Kriminalschutzmann aus und forderte beide auf, mit ihm zu gehen. Da sich der Liebhaber weigerte, mitzugehen, kam es zwischen ihm und dem angeblichen Kriminalschutzmann zu Tätlichkeiten. Hierauf nahm letzterer an dem Mädchen mit Gewalt unzüchtige Handlungen vor. Gestern gelang es nun, den Täter in der Person eines 39 Jahre alten stellenlosen Bäckers aus Illingen, zu ermitteln und festzunehmen.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

* **Das Baden-Badener Künstler-Marionetten-Theater** beginnt seine Vorführungen im großen Saale des Künstlerhauses am heutigen Montag den 24. November, abends halb 9 Uhr. In der Eröffnungsvorstellung wird zuerst zur Aufführung gelangen „Die Rache des Hakim", dramatische Groteske des jugendlichen Dichters Rolf Gust. Häbler, der dieses Stück extra für das Badener Künstler-Marionetten-Theater verfaßte und das wegen seiner Beliebtheit beim Gastspiel in Berlin in 4 Wochen 25 Mal aufgeführt wurde. Außerdem geht das Hans Sachssche Stück „Der fahrende Schüler im Paradeis" in Szene und werden die beliebten Solo-Puppen auftreten.

* **Arbeiterbildungsverein.** Heute, Montag, den 24. November, abends halb 9 Uhr, spricht im Hause des Vereins Wilhelmstraße 14 der Vorstand der Lebensmittel-Prüfungsstation, Professor Gustav Rupp über „Unsere Nahrungs- und Genußmittel, ihre Herstellung und ihr Nährwert". Mit dem Vortrag sind Experimente verbunden. Der Besuch ist unentgeltlich. Gäste willkommen.

* **Kaiserpanorama.** In der laufenden Woche bis einschließlich Sonntag ist im Kaiserpanorama die Insel Java zu sehen. Dieser Zyklus dürfte durch seine herrlichen Gebirgs- und Flußszenerien reges Interesse finden. Eine Gebirgstour in Colorado (Amerika) ist vom 24. bis 30. Nov. vorgesehen.

Rita Sachetto in den Lichtspielen. Es ist der Direktion gelungen, ab Samstag, 22. Nov., eine Film-Novität „Launen einer schönen Frau" (Der schwarze Tod) anzukaufen. Bestechend in diesem Film wirken von vornherein die unvergleichlich schönen Bilder aus der indischen Landschaft, sowie die Szenen aus dem Innern des vornehmen indischen Hauses. Ferner enthält der Spielplan eine reiche Auslese der fesselndsten und interessantesten Bildersujets.

* **Lichtbildervortrag.** Der Touristenverein „Die Naturfreunde" veranstalteten letzten Freitag abend im Zieglersaal einen Lichtbildervortrag über das Tiroler Hochgebirge und den badischen und württembergischen Schwarzwald. Der Vortrag hatte einen solchen Massenbesuch aufzuweisen, daß nicht nur im Saal und auf der Galerie die Zuhörer sich Kopf an Kopf drängten, sondern daß viele wieder umkehren mußten. Der Vortragende, Herr Steiner aus Stuttgart, gab den Erschienenen einen Einblick sowohl in die entzückende Pflanzen- und Blumenwelt der Alpen, als auch in die Eis- und Schneeregionen dieser Hochgebirge. Wundervolle, prächtige Bilder zeigte Herr Steiner vor allem aus der alpinen Flora der Dolomiten. Edelweiß, Alpenrosen, Enzian, Heidenkraut, Seidelbast, Steinrosen usw., das Auge konnte die Blumen in ihrer wunderbaren Farbenpracht nicht genug bewundern. — Von den zahlreichen vorgeführten Landschaftsbildern seien nur die folgenden genannt: der Glanzpunkt der Dolomiten, die Fünffingerspitze, die Nuvellogruppe, die Elztaler Gruppe mit ihrer höchsten Erhebung der weißen Kugel. Weiter die Adlergruppe, die Berninagruppe. Bei letzterer Gruppe zeigte der Vortragende ein herrliches Bild, einen Sonnenaufgang. Die hohen Gipfel der gewaltigen Berge werden zart von der Sonne beschienen, während tief im Tal noch lange finstere Nacht ist. Als herrliche Partien seien weiter genannt: Innsbruck mit seiner prächtigen Umgebung, das Batasterjoch, die Riebauergruppe mit ihren nicht weniger als 200 Gipfeln, der Hammerschatten mit reizendem Naturfreundehaus. Von hier aus hat man einen herrlichen Naturgenuß durch einen Blick ins Zillertal. Der Gipfel des Säntis bietet einen prächtigen Ausblick in die Glarner Alpen. Von reizenden Partien des Schwarzwaldes seien genannt: Stimmungsbilder und Momente aus dem Schwarzenbach-, Murg- und Raumünzachtal, das Karlsruher Naturfreundehaus mit reizenden Partien aus seiner Umgebung, weiter das Heilbronner Naturfreundehaus mit reizender Umgebung. Nicht unerwähnt soll auch bleiben ein Kunstwerk des Bildhauers Rusch in Wien, Arbeit, Genuß und Kampf darstellend. Der Vortragende wies darauf hin, daß in dem Bilde der Gedanke zum Ausdruck komme, daß der Arbeiter über dem Genuß nach seiner harten Arbeit nicht den Kampf für seine Klasse vergessen dürfe. — Der reiche Beifall, den die Versammlung dem Vortrag spendete, bewies, daß die Anwesenden dem Vorgeführten volles Verständnis entgegenbrachte und daß sie von der Veranstaltung voll befriedigt waren.

Letzte Nachrichten.

Die Affäre von Zabern.

Straßburg, 23. Nov. Gestern abend 10 Uhr wurde in der Redaktion des „Zaberner Anzeigers" durch drei Gendarmen und einem Offizier des Militärgerichts eine Haussuchung vorgenommen, die resultatlos verlief.

Die Erhöhung der bayerischen Zivilliste angenommen.

München, 22. Nov. Von der Zweiten Kammer wurde in namentlicher Abstimmung mit knapper Mehrheit (es war eine Zweidrittelmehrheit notwendig) die Vorlage der Regierung, wonach die Zivilliste auf 5 400 000 Mk. erhöht wird, mit 110 gegen 50 Stimmen angenommen. Dafür stimmten geschlossen das Zentrum, neun Liberale, die Freie Vereinigung und die Bauernbündler mit einer Ausnahme. Abg. Gebhart (Fr. Vgg.) enthielt sich der Abstimmung.

Beendigung des Stettiner Hafenarbeiterstreiks.

Stettin, 22. Nov. Die Hafenarbeiter haben die Beendigung ihres Streiks erklärt und werden, soweit ihre Stellen inzwischen nicht besetzt worden sind, wieder eingestellt. Vom Montag, 24. Nov., ab wandelt die Stadtverwaltung den bisherigen provisorischen Betrieb wieder in einen tarifmäßigen um und läßt gleichzeitig den bisherigen 100prozentigen Zuschlag fallen.

Aus dem Reichsetat.

Berlin, 22. Nov. Der ordentliche Reichshaushaltsetat für 1914 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 3 403 011 671 Mark, das ist gegen die Gesamtsumme des Vorjahres einschließlich der Nachtragsetats ein Weniger von 174 387 044 Mk. Aus Anlaß der Wehrvorlage für 1913 sind in den Etat eingestellt an fortdauernden Ausgaben 152 782 119 Mk., an einmaligen Ausgaben 268 820 871 Mk., also im ganzen 421 602 990 Mk. Auf den Wehrbeitrag sollen von den in Rechnung stehenden Ausgaben 393 820 871 Mk. übernommen werden. Zur Schuldentilgung werden 68 683 399 Mk. bereitgestellt. Die Anleihe ist mit 17 697 160 Mk. gegen 39 151 035 Mk. im Vorjahre in Aussicht genommen. Die fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats betragen insgesamt 2 692 921 095 Mk., das ist ein Plus von 213 161 968 Mk. Darunter für die Verwaltung des Reichsheeres 871 805 789 Mk., das ist ein Plus von 96 420 503 Mark.; für die Verwaltung der kaiserlichen Marine 221 062 617 Mark, das ist ein Plus von 23 666 274 Mk.; für die Reichsschuldentilgung 244 413 806 Mk., das ist ein Plus von 11 630 676 Mk. Die einmaligen Ausgaben betrugen insgesamt 740 090 575 Mk.; das ist ein Minus von 387 549 012 Mk. Darunter bei der Verwaltung des Reichsheeres 344 823 848 Mk., das ist ein Minus von 235 776 909 Mk.; bei der Verwaltung der Marine 237 479 550 Mark, das ist ein Plus von 4 271 999 Mk. Im außerordentlichen Etat der Reichseisenbahnen ist zur Herstellung eines 3. und 4. Gleises auf der Strecke Straßburg—Basel bezw. zum Bau einer Seitenbahn zur Entlastung dieser Strecke die erste Rate vorgesehen. Im außerordentlichen Etat zeigen die Ausgaben insgesamt eine Verminderung von 25 932 500 Mk. Von dieser Verminderung entfallen auf das Reichsheer 12 700 000 Mk., auf die Marine 20 240 000 Mk. Durch Anleihe sind aufzubringen: 39 151 635 Mk., das ist ein Minus von 21 453 875 Mk. — Der Haushalt der Schutzgebiete zeigt mit 120 652 661 Mk. Ausgaben und Einnahmen eine Verminderung von 585 523 Mk. Die eigenen Einnahmen der Schutzgebiete sind insgesamt um 19 255 517 Mark gestiegen. Die Erhöhung ist neben der zufriedenstellenden Weiterentwicklung der Einnahmen Ostafrikas im wesentlichen auf die Verbesserung der Diamanteneinnahmen des südafrikanischen Schutzgebietes zurückzuführen. Togo und Samoa bedürfen keines Reichszuschusses. Die Reichszuschüsse der übrigen Schutzgebiete belaufen sich insgesamt auf

Heute beginnt unser

Weihnachts-Verkauf

Wir bringen folgende **sehr vorteilhafte**

« Gelegenheits-Posten »

zum Verkauf:

Kostümstoffe in engl. Geschmack, 130 cm breit . . . . . von Mk. 1.55 an
Kostümstoffe reine Wolle, marine und schwarz, 130 cm breit von Mk. 1.85 an
Cheviot reine Wolle . . . . . von 95 ₰ an
Blusenstoffe solide Qualität . . . . . von 60 ₰ an
Waschstoffe . . . . . von 30 ₰ an

Mantelstoffe, Plüsche, Persianer (Imitation), **Seidenstoffe u. Samte**

zu ausserordentlich billigen Preisen.

Reste für Blusen, Röcke, Kinderkleider, Knabenanzüge etc. **ganz besonders billig!**

Krawatten-Seide hervorragend schöne Dessins u. Farben in grösster Auswahl. Schnittmuster gratis

Geringe Spesen (durch Ersparnis hoher Ladenmiete etc.) erlauben uns zu **allerbilligsten** Preisen zu verkaufen und unserer titl. Kundschaft **wirkliche Vorteile** zu bieten.

Rabattmarken. — Rabattmarken.

Carl Büchle

Inhaber: Kohlmann & Braunagel 5021

zwischen Kaiserstr. und Schlossplatz **7 Herrenstrasse 7** zwischen Kaiserstr. und Schlossplatz

30 795 642 Mk., das ist ein Minus von 1 165 392 Mk. Zur Verzinsung und Tilgung der Reichsanleihe leisten die Schutzgebiete die gleichen Beiträge wie im Jahre 1913. In den Ausgleichsfond der Schutzgebiete werden 1914 insgesamt 566 100 Mk. gelegt werden. Beim Etat des auswärtigen Amtes haben die Besoldungsverhältnisse der Gesandtschaften und der Konsulatsbeamten, wo erforderlich, eine Neuregelung erfahren. Danach werden den Missionschefs Repräsentationsgelder, den übrigen Beamten Ortszulagen gewährt, die den Teuerungsverhältnissen des Dienstortes angepaßt sind. Geplant ist die Erhebung der Ministerresidenturen in Caracus, Guatemala und Lima zu Gesandtschaften, die Umwandlung der Konsulate in Jerusalem und Montreal in Generalkonsulate, sowie der Vizekonsulate in Haiffa und Jaffa in Konsulate, sowie die Errichtung neuer Berufskonsulate in Erzerum, Monsul, Panama, Täbris und Teheran. — Bei den sachlichen und allgemeinen Fonds ist die Erhöhung des Fonds für die deutschen Auslandsschulen von 400 000 Mk. auf 1½ Millionen Mark vorgesehen.

Deutscher Städtetag und Weltausstellung.

Berlin, 22. Nov. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich zur Weltausstellung in St. Franzisko grundsätzlich bereit erklärt, seinerseits eine einheitliche Deutsche Städte-Abteilung zu organisieren — unter Voraussetzung eines genügenden Reichszuschusses.

Die französische Riesenanleihe.

Paris, 22. Nov. In Kammerkreisen verlautet, daß ein ministerieller Deputierter die Absicht habe, bei der voraussichtlich am Mittwoch oder Donnerstag stattfindenden Erörterung des vom Budgetausschuß beschlossenen Anleiheentwurfs von **900 Millionen** den Zusatzantrag zu stellen, **daß** in den Entwurf der für Marokko bestimmte Kredit von 400 Millionen aufgenommen werde.

In den Wandelgängen der Kammer wird erzählt, daß Ministerpräsident Barthou entschlossen sei, bezüglich der vom Finanzminister geforderten Summe von 1300 Millionen Franken, die vom Budgetausschuß auf 900 Millionen verringert werden soll, die Vertrauensfrage zu stellen. Von der radikalen Opposition dürfte bei dieser Gelegenheit ein scharfer Ansturm gegen das Kabinett unternommen werden. Man glaubt, daß außer dem Obmann des Steuerausschusses Malvy, der die zur Deckung der Anleihe vorgeschlagene Erbschaftssteuer bekämpfen will, auch der Führer der Radikalen, der ehemalige Ministerpräsident Caillaux, das Wot ergreifen wird.

Vom französischen Bergarbeiterstreik.

Douai, 22. Nov. Die Grubenbesitzer und der nationale Arbeiterverband in den Departements Nord und Pas de Calais kamen heute nachmittag zusammen und beschlossen, daß keine Ueberstunden mehr gemacht werden sollen, bis das Gesetz über die Arbeitszeit der Bergarbeiter, das gegenwärtig der Kammer vorliegt, veröffentlicht worden ist. Die Arbeit soll am Montag wieder aufgenommen werden.

Andrang von Russen an Schweizer Universitäten.

Bern, 22. Nov. Da die deutschen Universitäten Ausländern, namentlich Russen, den Zutritt erschwert haben, finden sich russische Studierende neuerdings in abnormer Zahl an Schweizer Universitäten.

Der mexikanische Kongreß vor der Auflösung.

London, 22. Nov. Wie aus Mexiko gemeldet wird, hat der Präsident des gestern zusammengetretenen Kongresses erklärt, nachdem die Namen aufgerufen worden waren, das Haus sei nicht beschlußfähig, trotzdem es deutlich war, daß eine genügende Anzahl Mitglieder anwesend waren. Da von niemand Einspruch erhoben wurde, wurde der Kongreß auf heute vertagt. Man erblickt in dem Verfahren die Absicht, dem Kongreß ein Ende zu machen, da nach dem Gesetz drei aufeinanderfolgende Vertagungen, die wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses infolge Fehlens von Mitgliedern erfolgt sind, autokratisch die Auflösung der Kammer herbeiführen.

Rücktritt des Vizekönigs von Indien?

London, 22. Nov. Nach aus Indien einlaufenden Meldungen gehen dort Gerüchte um, daß der jetzige Vizekönig Lord Hardinge in Bälde zurücktreten wolle. Lord Hardinge scheint die psychischen Folgen des in Delhi auf ihn verübten Attentats nicht überwunden zu haben, wenn auch die Verwundungen geheilt sind. In konservativen Blättern wird bereits dafür Propaganda gemacht, daß Lord Kitchener, der England in Aegypten vertritt, nach Indien gesandt werde. Kitchener sollte schon früher Vizekönig werden, die Ernennung stieß aber auf Widerstand beim Ministerium.

Exzesse russischer Gendarmen.

Petersburg, 22. Nov. Der russische Vizekonsul in Leipzig wurde bei seiner Reise durch Rußland in der Nähe von Astrachan im Eisenbahnwagen von Gendarmen tätlich beleidigt. Bekanntlich passierte einem anderen russischen Diplomaten jüngst in seinem Vaterland ganz Aehnliches.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten: **Wilhelm Kolb**; für Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Aus dem Lande und Neues vom Tage: **Hermann Kadel**; für Kommunalpolitik, Aus der Stadt und Feuilleton: **Hermann Winter**; für die Inserate: **Gustav Krüger**, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

Gaggenau. Durch den Austritt aus der Kirche erlischt die Steuerpflicht erst mit dem Ablauf des auf das Jahr des Austritts folgenden Kalenderjahres. Wenn Sie also im Jahre 1911 aus der Kirche ausgetreten sind, hört Ihre Steuerpflicht am 31. Dezember 1912 auf. (Ortskirchensteuergesetz Art. 18.)

J. W. 100. Erneuerungs- und Ergänzungswahlen sind in getrennter Abstimmung vorzunehmen. Jedes andere Verfahren ist ungesetzlich und kann dagegen mit Erfolg Anfechtung erfolgen. Auch der Verwaltungsgerichtshof wird eine solche Wahl für ungesetzlich erklären.

Nr. 100. An sich sind die Erben für die Schulden, die der Erblasser hinterläßt, haftbar. Aber in Ihrem Falle ist die Schuld längst verjährt.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Mittwoch abend halb 9 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstr. 13. Turnratssitzung.

Deutscher Arbeitersängerbund, Gau Baden, Bezirk Karlsruhe. Den verehrlichen Bezirksvereinen zur Nachricht, daß eine weitere Lieferung der Sängerzeitung von heute ab im Lokal „Auerhahn", Schützenstr. 58, zum Abholen bereit liegt. 5023

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Dienstag den 25. Nov., abends halb 9 Uhr, Ausschußsitzung im „Schwanen". Hierzu sind die Bezirksobleute von der Landtagswahl ebenfalls eingeladen. 5019 Der Vorstand.

Wasserstand des Rheins.

24. November.

Schusterinsel 1.65 m, gef. 16 cm, **Kehl** 2.72 m, gef. 13 cm **Maxau** 4.51 m, gef. 15 cm, **Mannheim** 4.06 m, gef. 26 cm.

Wahlfonds.

Es gingen weiter ein: Liste Nr. 124 60 Pfg., 125 3,60 Mk., 126 3,40 Mk., 127 5,10 Mk., 128 1,45 Mk., 140 3,50 Mk., 151 11,50 Mk., 208 4 Mk., 209 45 Mk., 244 1 Mk.; früher quittiert 1675,89 Mk., zusammen 1755,04 Mk.

Todes-Anzeige.

Gestern abend halb 7 Uhr entschlief nach kurzem schwerem Leiden unsere geliebte Gattin, Mutter und Großmutter

Anastasia Westermann

geborene Kopp

im Alter von 58 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Joseph Westermann.

Karlsruhe, den 24. Oktober 1913.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 26. November, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Trauerhaus: Maienstraße 1a. 5022

Arbeiter-Diskussionsklub.

Dienstag, den 25. November, abends ½9 Uhr, im **Gemeindehaus der Südstadt** (Eingang nur Luisenstraße)

Vortragsabend. 5022

Redner: Herr Damenschneider Adolf Domsch.

Thema: „Die Lektüre des Arbeiters".

Eintritt frei. — Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

Schon beim Kinde

soll eine regelmäßige konsequente Pflege und Reinigung des Haares einsetzen. Das Kind ist durch den Verkehr mit Spiel- und Schulgenossen der Verunreinigung und Uebertragung von Haarkrankheiten besonders ausgesetzt. Bei regelmäßigen Waschungen des Kopfes und Haares mittels

„Shampoon mit dem schwarzen Kopf"

wird der Uebertragung von Haarkrankheiten vorgebeugt und durch den Waschprozeß zugleich die Zersetzungsprodukte der Haut, sowie der Staub und Schmutz beseitigt und die natürlichen Funktionen der Haare gehoben. Man verlange beim Einkauf ausdrücklich **„Shampoon mit dem schwarzen Kopf"** mit der nebenstehenden Schutzmarke und lehne Nachahmungen des Original-Fabrikates kategorisch ab. (Pak. 20 Pfg., 7 Pak. Mk. 1,20) auch mit **Eigelb-, Teer-, Kamillen-, Schwefel-, Sauerstoff-, Kräuter-, Lanolin-, Birkenbalsam-** oder **Peru-Tannin-Zusatz** (Pak. 25 Pfg., 7 Pak. Mk. 1,50) in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerie-Geschäften erhältlich.

Schutzmarke.

Alleinige Fabrik.:
Hans Schwarzkopf, G.m.b.H., Berlin N. 37.

Teleph. 1715. Billigste Bezugsquelle für Teleph. 1715.

sämtl. Schneiderartikel

Fournituren, Bügelöfen und sämtl. Bügelutensilien.

Peter Mees, Karlsruhe, **Herrenstraße 42.**

NB. **Damenjackettfutter in grosser Auswahl.** 8497

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 14. bis 20. Nov.: Ruth Elisabeth, V. Peter Gräf, Polizeikommissär. — Gertrud Hedwig, V. Alb. Scheeber, Kaufmann. — Anna Elisabeth, V. Ludw. Hörth, Techniker. — Klara Hilda, V. Theod. Bächle, Kaufmann. — Erika Lina, V. Eduard Lapp, Fabrikarbeiter. — Georg Friedrich Karl, V. Fried. Menges, Kesselschmied.

Todesfälle vom 20. Nov.: Heinrich Heck, Taglöhner, ledig, alt 19 Jahre. — Apollonia Daum, alt 45 Jahre, Ehefrau des Landwirts Valentin Daum. — Gustav Schlenker, Kaufmann, Ehemann, alt 50 Jahre.

Massen-Angebote

weit unter unseren sonstigen Verkaufspreisen.

Ab Montag:

Damen-Konfektion
Damen-Hüte.

Doppelte Rabattmarken

auf die gesamte Kinder-Konfektion.

Geschw. KNOPF.

Heute ab 3 Uhr in unserem Erfrischungsraum **Künstler-Konzert!**

5020

Gut möbliert. Zimmer

wird von solid. Fräulein gesucht. Offerten unter **Nr. 5017** an die Exped. des „Volksfreund".

Städt. Badanstalt

(Vierordtbad)

Karlsruhe.

Medizinische Bäder.

Fichtennadel-Salz (Rappenauer oder Stassfurter).

Mutterlauge u. Schwefel- (Thiopinol-)**Bäder.**

Badezeit an den Werktagen:

Vormittags 8 Uhr bis 8 Uhr abends.

Auch über Mittag geöffnet.

An den Samstagen bis 9 Uhr. 15

Sonntags 8—12 Uhr.

Besichtigung höfl. erbeten.

Eisenbetten m. Spiralmatratzen Mk. 7.50, 12.—, 15.— bis 19.75

Stahlbetten m. Patentmatratzen 16.50, 19.50, 21.-, 24.- bis 49.-

Kinderbetten 8.50, 12.- bis 36.-

Holzbetten 15.50, 19.50 b. 56.-

Buchdahl's Betten

sind 4600

Solide,

da nur beste Fabrikate,

Elegant,

da nur neueste Modelle,

äusserst preiswert,

da gemeinschaftlicher Einkauf von 4 grossen Spezialhäusern gleicher Branche.

Betten-Spezial-Haus **Buchdahl** Kaiserstr. 164.

Allerbilligst

PELZE

Wilhelmstr. 34

1 Tr.

4853

Augen auf!

Ich kaufe abgelegte **Kleider, Schuhe, Möbel, Betten, Altertümer, Gold- und Silbergegenstände, Militäreffekten, Pfandscheine** usw. Zahle höchste Preise. Gefl. Offerten erbeten an

H. Weintraub Kronenstr. 52. 3574

Komme pünktlich.

Kein Laden

Damen-Paletots, Damen-Kostüme, Röcke, Blusen, Regenschirme

staunend billig. 4852

Wilhelmstraße 34, 1 Tr.

Verloren

wurde am Samstag ein **Notizkalender mit 50 Beitragsmarken** vom Radfahrerbund „Solidarität". — Der ehrliche Finder möge dieselben auf der Expedition des „Volksfreund" abgeben. 5018

Reparaturen

an **Uhren, Goldwaren, Brillen u. Zwicker** werd. unter Garantie fachgemäss in eigener Werkstätte sofort und billigst ausgeführt.

Gg. Paul, Uhrmacher, **Marienstr. 33.** 914

Schuppen! Haarausfall!

verhindert Bergarnika-Haaröl à **50** Pfg. 2591

Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20

Die billigste Quelle

zum Einkauf getragener u. neuer **Kleider, Schuhe und Möbel** nur bei **J. Glotzer, Karlsruhe,** Markgrafenstr. 3, 3975 zwischen Waldhorn- u. Brunnenstr.

Pfannkuch & Co

Hafer-Cacao
mit Zuckerzusatz
1/1 Pfd.-Paket **80** ₰
1/2 Pfd.-Paket **40** ₰
5014

Hafer-Cacao
ohne Zuckerzusatz
Paket
25 und **50** ₰

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.

Städt. Arbeitsamt

Arbeit suchen
sofort und 1. Dezember:
Privatdienstboten, Wasch- und Putzfrauen; 4930
für Wirtschaftsbetrieb:
Kellner, Kellnerinnen, Köche, Küchenmädchen, Spülfrauen.
Städt. Arbeitsamt
Zähringerstraße 100 II.
Telephon 949.

Anfang Januar 1914
kommen nach dem
abgeänderten Plane
nahezu
3000
Prämien
auf die in diesem Jahre ausgegebenen **gelben Bescheinigungen** zur **Verteilung.** Die **Anzahl der Prämien** hat sich gegen das Vorjahr **bedeutend vermehrt.**
Man wolle deshalb
Bar-Rabatt
zurückweisen
und 4290
nur Rabattmarken
des Rabatt-Sparvereins Karlsruhe annehmen.
Die Vorteile vergrössern sich mit der Anzahl der Gutscheine

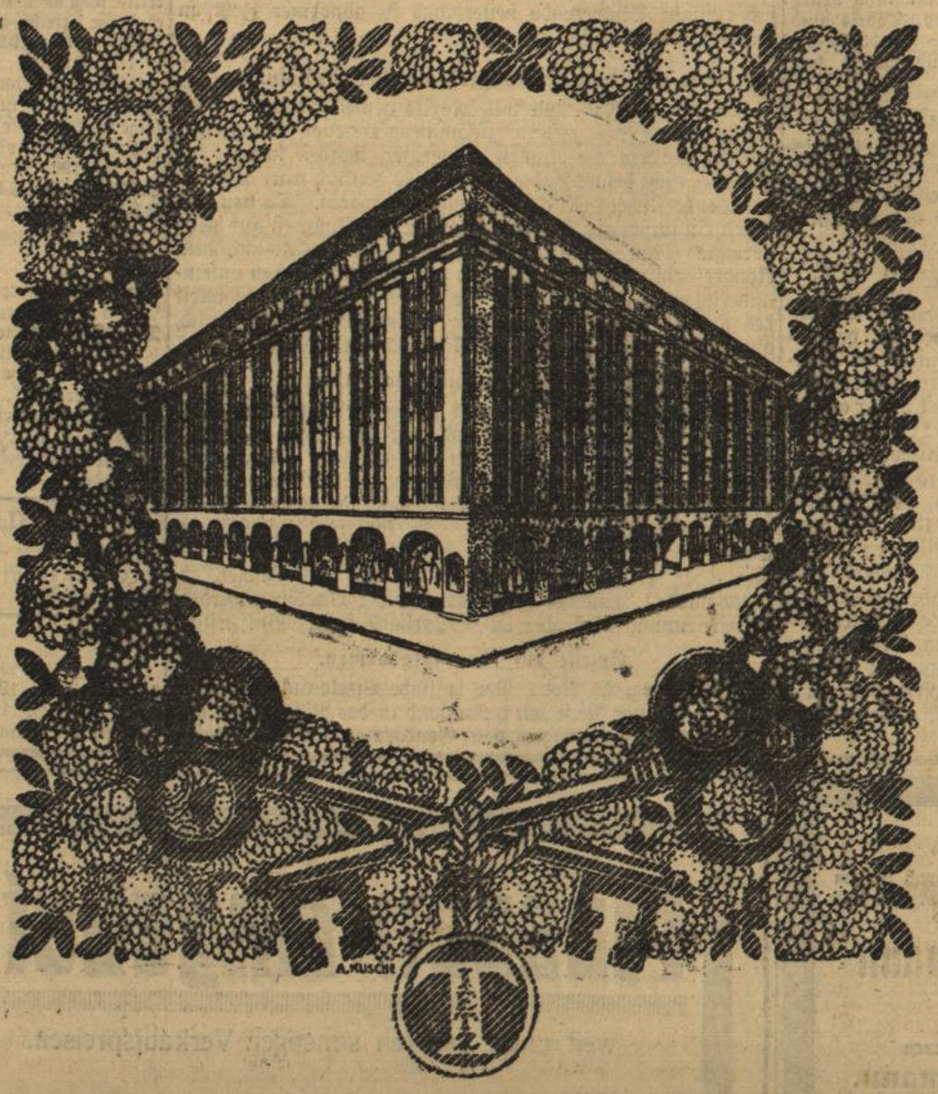
Schöne kompl. **Betten** mit Federb. 25, 30 u. 35 Mk., **Kommode** 20 Mk., großer **Spiegel. Serviertisch** 6 Mk. **Ludwig Wilhelmstr. 18,** Hof. 4996

Puppenwagen gut erhalt., wird zu kaufen gesucht. **Bulach,** Neue Anlagenstr. 33.

Zapf's Viehpulver

im Futter gibt viel Milch und gute Butter.
Wer probt — lobt!

ERÖFFNUNG



DIENSTAG, 25. NOV. NACHMITTAG 4 UHR

HERMANN TIETZ

Verein für naturgemäße Lebens- und Heilweise (Naturheilverein) Karlsruhe E. V.

Oeffentlicher volkstümlich-wissenschaftlicher
Vortrag
des Schriftstellers Emil Peters, Berlin, Herausgeber der „Volkskraft", am **Donnerstag, 27. November, abends halb 9 Uhr,** im **großen Eintrachtsaale,** Karl Friedrichstr. 30, über:
Wie steigert man seine körperliche und geistige Leistungsfähigkeit?

Einzelheiten: Das Gesetz der Arbeit. — Das Nervenleben des Menschen. — Die Lebenskraft, ihre Tages- und Lebenslinie. — Das Gesetz der Uebung. — Reiz und Ueberreiz. — Tätigkeit und Untätigkeit. — Die Freude an der Arbeit. — Der frühe Morgen. — Hygiene der Nerven. — Gymnastik am Morgen. — Luft oder Wasser. — Sind Bäder und kalte Abreibungen morgens ratsam? — Warum sind viele Berufsarbeiter morgens schlaff. — Die gleichmäßige Nervenkraft. — Wie soll das Frühstück beschaffen sein? Das Morgenfasten und die Geistesarbeit. — Die Wirkung von Kälte und Wärme auf die Leistungsfähigkeit. — Wie beeinflussen sich körperliche und geistige Arbeit? — Die Höhepunkte geistigen Schaffens. — Wie kann man die geistige Kraft zu Höchstleistungen steigern? 5008

Für Nichtmitglieder: 1. Platz 1 Mk., 2. Platz 50 Pfg., 3. Platz 30 Pfg.

Umzüge mit neuen Möbelwagen und Rollen bei Regen (gedeckte Rollen) besorgt billig **Karl Mulfinger,** Lessingstraße 3a, Telephon 3565. 33

Gegen **Zahnschmerz**
Blasscolin 800
Zu haben in allen Apotheken.

Bekanntmachung.
Einreichung von Rechnungen für gelieferte Arbeiten betr.
Des Rechnungsabschlusses wegen ersuchen wir um baldige Einreichung der Rechnungen für städtische Arbeiten und Lieferungen bei den zuständigen Stellen. 5016
Karlsruhe, den 20. November 1913.
Der Stadtrat:
Dr. Kleinschmidt.

Pforzheimer Goldwaren.

Trauringe ohne Lötfuge, das Paar von 10 Mk. an. **Schweizer Taschenuhren** von 10 Mk. an, in echt Silber, m. Garantiesch. **Broschen, Armbänder, Knöpfe, Herren- und Damen-Ketten** in grosser Auswahl, ferner **Tafelbestecke, Kaffee- u. Teelöffel, Schöpflöffel, Metallwaren, Wecker** von 2 Mk. an, empfiehlt zu Weihnachten billig 4602
Christ. Fränkle, Goldschmied, Karlsruhe, Kaiserpassage 7a.
Gold. Ringe von 3 Mk. an. Echt gold. Damenuhren à 20 Mk.

Trinkt Union-Bier!
ff. helle Export- und ff. dunkle Lagerbiere
in der Brauerei auf Flaschen gezogen. 3652
Telefon 204. **Union-Brauerei Karlsruhe.**

Pfannkuch & Co
Gegen 5015
Husten und Heiserkeit
Eucalyptus-Menthol-Bonbons
Paket **20** Pfg.
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.

Pelze
alle Arten
in grosser Auswahl
staunend billig. 4328
Nur Zirkel 32
1 Treppe hoch.

Stubenvögel
haben fast alle Milben, welche nicht nur lästig, sondern auch sehr gefährlich sind. Sie verursachen das Ausfallen der Federn, Katarrhe, Abzehrung der Vögel 2c. Die Folge ist, daß ein guter Sänger nicht mehr singt. Dieses ist zu beseitigen oder vorzubeugen durch 3826
„Extur-Vogelsand",
Säckchen 25 Pfg. Zu haben in den Drogen u. Samenhandlungen.
Max Straus, Drogerie, Karlsruhe-Mühlburg, Hardtstraße 21.
Engros: **C. Frohmüller** Hof-Samenhandlung, Erbprinzenstr. 32. Telefon 1145.
Karl Weiß Nachfolger, Zähringerstraße 96.
Drogerie **Th. Walz,** Kurvenstraße 17.
Drogerie **Ph. Menges,** Durlacher Allee 35.

Prima 4920
Mostäpfel
per Zentner Mk **4.60** empfiehlt
Obstkelterei
Wilh. Bender
Morgenstr. 5. Tel. 2084.

Tafeläpfel 4918
ca. 400 Ztr. prima Qualität zum lagern. Kaiserreinetten, Goldreinetten, edelrote Kalville, Paradiesäpfel, Weinäpfel werden verabfolgt zu den billigsten Preisen.
54 Waldstraße 54
nächst Sofienstr. Tel. 1304.
Obst- u. Gemüsehandlung.

Capsan beseitigt jeden
Schnupfen 3563
in 24 Stunden. Niederlagen: Hofapotheke, Drog. W. Baum, K. Dammert, Jul. Dehn Nachf., Otto Fischer, Max Hofheinz, A. Kintz Nchf., Hans Reichard, Fritz Reis, M. Strauß, Th. Walz.